

Rolf-Ulrich Kunze

**Die Studienstiftung
des deutschen Volkes
seit 1925**

edition
bildung und
wissenschaft

band 8

herausgegeben von
Manfred Heinemann

Veröffentlichung des
Zentrums für Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft
der Universität Hannover

edition
bildung und
wissenschaft

Rolf-Ulrich Kunze

Die Studienstiftung
des deutschen Volkes
seit 1925

Zur Geschichte der
Hochbegabtenförderung
in Deutschland



Akademie Verlag

Zugleich Habilitationsschrift Universität Mainz 1999.

Gefördert aus Mitteln des Zentrums für Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft,
Universität Hannover.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Kunze, Rolf-Ulrich:

Die Studienstiftung des deutschen Volkes seit 1925. Zur Geschichte der
Hochbegabtenförderung in Deutschland / Rolf-Ulrich Kunze. Berlin : Akad. Verl., 2001
(Edition Bildung und Wissenschaft ; Bd. 8)
(Veröffentlichung des Zentrums für Zeitgeschichte von Bildung und
Wissenschaft der Universität Hannover)
ISBN 3-05-003638-9

1. Auflage 2001

© Akademie Verlag GmbH, Berlin 2001

Der Akademie Verlag ist ein Unternehmen der R. Oldenbourg-Gruppe.

Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Das eingesetzte Papier entspricht der amerikanischen Norm ANSI Z.39.48 – 1984
bzw. der europäischen Norm ISO TC 46.

Alle Rechte, insbesondere die der Übersetzung in andere Sprachen, vorbehalten. Kein Teil dieses
Buches darf ohne schriftliche Genehmigung des Verlages in irgendeiner Form – durch Photokopie,
Mikroverfilmung oder irgendein anderes Verfahren – reproduziert oder in eine von Maschinen,
insbesondere von Datenverarbeitungsanlagen, verwendbare Sprache übertragen oder
übersetzt werden.

All rights reserved (including those of translation into other languages). No part of this book may
be reproduced in any form – by photoprinting, microfilm, or any other means – nor transmitted
or translated into a machine language without written permission from the publishers.

Satz: Universität Hannover, Forschungsstelle EDV

Druckvorbereitung: Universität Hannover, Forschungsstelle EDV

Druck: Hahn-Druckerei GmbH & Co., Hannover

Bindung: Buchbinderei S. R. Büge, Celle

Printed in the Federal Republic of Germany

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	IX
Einleitung	1
I Die deutschen Studenten und die Folgen des Ersten Weltkrieges	
1. Die Not der Nachkriegszeit	19
2. Die Gründung der Studienstiftung des deutschen Volkes	
a) Der Darmstädter Gründungsbeschluß und der Beginn in Dresden.	37
b) Die Institutionen der Studienstiftung	47
3. Studienstiftler der ersten Stunde	61
a) Wolf-Hartmut Friedrich: Altphilologie	62
b) Hans-Joachim Elster: Biologie	65
c) Walther Hinz: Iranistik	70
d) Alwin Hinzpeter: Physik/Ingenieurwissenschaften	72
e) Karl Holzamer: Philosophie	75
f) Friedrich Wilhelm Wentzlaff-Eggebert: Germanistik	77
g) Hulda Müller: Germanistik/evangelische Theologie	80
h) Erik Amburger: Osteuropäische Geschichte	83
i) Walter Schlums: Sozialpädagogik	86
4. Grundprobleme von Organisation und Finanzierung	91
II Aufbaujahre und entstehende Krise	
1. Studienstiftung und deutsche Republik.	
Die Studienstiftler und ihr Selbstverständnis	99
2. Die Studienstiftung und ihre Auswahlkriterien:	
Professionalisierung der Auswahl und des Förderungsmanagements	119
3. Probleme defensiver Modernisierung durch ‚Elitenwechsel‘:	
a) Das Erstakademikerproblem	129
b) Studienstiftlertreffen und die Probleme akademischer Sozialisation	139
c) Studienstiftung und DSt: Probleme des ‚Studentenstaats‘	145
d) Der Zentrale Arbeitsausschuß und das Problem der Erfolgskontrolle	149

4.	Die Studienstiftung und die Folgen der Weltwirtschaftskrise	
a)	Der Fall Fritz John	157
b)	Das Verhältnis zur Politik: völkisch-nationale Kritik	164
c)	Die Position ‚starker‘ Vertrauensdozenten	171
d)	Sparzwänge, Selbstdarstellung und die ‚Aufstiegsförderung‘ des DSW	179
e)	Die frühe studentische ‚Machtergreifung‘	189
5.	Das Ende von Weimar: Demokratische Elite oder politische Indifferenz?	195
III	Die nationalsozialistische Herrschaft und das Ende der Studienstiftung	
1.	Gleichschaltung: „Ein brauchbares Hilfsmittel des nationalsozialistischen Staates“	205
2.	Widerstand gegen die Gleichschaltung der Studienstiftung 1933: Hans Rothfels, Hans von Soden, Eugen Gerstenmaier	233
3.	Studienstiftler und die Gleichschaltung: zwei Beispiele	237
4.	Die Gründung des ‚Reichsstudentenwerks‘ 1934 und die nationalsozialistische Begabtenförderung	239
5.	Von der Studienstiftung zur ‚Reichsförderung‘: Elite, Rassismus, Krieg und <i>finis Germaniae</i>	247
IV	‚Hochbegabten‘-Förderung von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis zu den gesellschaftlichen Krisen und Reformen der 1960er Jahre	
1.	Die Neugründung der Studienstiftung 1948: Hintergründe, Akteure, Konzepte	263
2.	‚Hochbegabten‘-Förderung der ‚skeptischen Generation‘ und NS-Vergangenheit: die 1950er Jahre	
a)	Altstipendiaten und ihre Schicksale	285
b)	Neue Probleme des alten Auswahlverfahrens: Maßstabsbildung	289
c)	Studienstiftungsalltag in den 1950er Jahren: die Frage nach der Normalität	294
d)	Selbstverständnis, Finanzierung und Öffentlichkeit: Haertens Elitebild	300
3.	Reformperspektiven der 1960er Jahre und die Folgen von ‚1968‘	
a)	Die Studienstiftung und die Wissenschaftslandschaft der 1960er Jahre	307
b)	‚1968‘: Revolte, Elite und die entstehende Bildungsreform	317
V	Wissenschaftliche ‚Hochbegabungs‘-Diagnostik, empirische Begabungsforschung und neue Gemeinschaftsbildung: die Experimente der 1970er, die Anpassungen der 1980er und die Herausforderungen der 1990er Jahre	
1.	Die elitekritischen 1970er Jahre	
a)	Die zweite ‚Neugründung‘ 1970	323
b)	Die Folgen der Bildungsreform	336

2. Die 1980er Jahre: Differenzierung des Förderungsangebots	343
3. Die 1990er Jahre: nach der Einheit, in der Globalisierung und vor der zweiten Bildungsreform? ...	351
Ausblick. Die ‚Berliner Republik‘ und die Zukunft der ‚Hochbegabten‘-Förderung	357
Ausgewählte Daten und Ereignisse	361
Abkürzungsverzeichnis	367
Quellen- und Literaturverzeichnis	369
Personenregister	409
Sach- und Ortsregister	415

Vorwort

Danken möchte ich zuerst meinem Lehrer, Herrn Professor Dr. Wolfgang Altgeld, Würzburg, für die menschliche und wissenschaftliche Förderung nicht nur bei dieser Arbeit, die im WS 1998/99 vom Fachbereich Geschichtswissenschaften der Johannes Gutenberg-Universität Mainz als Habilitationsschrift angenommen worden ist. In fast zehn Jahren intensiver gemeinsamer Arbeit in Würzburg und Mainz habe ich von seinem fachlichen Rat, seiner inhaltlichen Anregung und konstruktiven Kritik mehr profitiert, als sich in einer kurzen Referenz ausdrücken läßt.

Zu besonderem Dank verpflichtet bin ich Herrn Dr. Gerhard Teufel, Generalsekretär der Studienstiftung des deutschen Volkes, Bonn, der durch sein persönliches Vertrauen meine Arbeit in der Geschäftsstelle und im Archiv der Studienstiftung überhaupt erst ermöglicht und mir durch die Einbeziehung in die Studienstiftungsarbeit ihre Abläufe und Schwierigkeiten bewußt gemacht hat, ohne jemals Einfluß auf meine Arbeit zu nehmen. Für die große Offenheit, mit der alle Fragen der ‚Hochbegabten‘-Förderung und der Studienstiftung besprochen werden konnten, danke ich auch Herrn Professor Dr. Helmut Altner, Rektor der Universität Regensburg, Präsident der Studienstiftung, Herrn Professor Dr. Peter Graf Kielmansegg, Mannheim, Vizepräsident der Studienstiftung, und Herrn Dipl.-Kaufm. Hans Kessler, Bonn, dem stellvertretenden Generalsekretär.

Ausdrücklich danke ich Frau Gisela Haerten, Ubbergen, Niederlande, die mir Aufzeichnungen ihres Mannes, Dr. Heinz Haerten, des Leiters der Studienstiftung von 1948 bis 1970, zur Verfügung stellte, ferner Herrn Klaus Brügelmann, Düsseldorf, und Herrn Professor Dr. Hans Brügelmann, Siegen, die mir Materialien aus dem Nachlaß ihres Vaters, Dr. Hermann Brügelmann, großzügig überließen.

Aus dem Kreis der Referentinnen und Referenten der Studienstiftung bin ich ganz besonders Herrn Dr. Volker Guckel, jetzt Stifterverband für die deutsche Wissenschaft, Essen, für den Hinweis auf entlegene Akten im Archiv der Studienstiftung dankbar. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Staatsarchivs Würzburg danke ich für ihre Geduld und Kompetenz, allen voran Herrn Archivrat Dr. Herbert Schott. Frau Rechtsanwältin Ruth Nettesheim, Berlin, bin ich für die komplette Überlassung ihrer Studienstiftungsunterlagen aus ihrer Stipendiatenzeit zu Dank verpflichtet.

Herrn Professor Dr. Rüdiger vom Bruch, Berlin, Humboldt-Universität, danke ich für die Gelegenheit, meine Arbeit im April 1998 in seinem wissenschaftsgeschichtlichen Kolloquium an der Humboldt-Universität und auf der wissenschaftsgeschichtlichen Tagung „Wissenschaftsfördernde Institutionen im Deutschland des 20. Jahrhunderts“ des Archivs der Max-Planck-Gesellschaft in Verbindung mit dem Lehrstuhl für Wissenschaftsgeschichte an der Humboldt-Universität im

Februar 1999 in Berlin-Dahlem zur Diskussion zu stellen.* Herrn Professor Dr. Bernhard vom Brocke, Kassel, danke ich für die Überlassung von im Druck befindlichen, von ihm besorgten Quelleneditionen; Herrn Professor Dr. Jochen-Christoph Kaiser, Marburg, für Hinweise zu Wolfgang Paeckelmann und Hans von Soden.

Herrn Professor Dr. Manfred Heinemann, Zentrum für Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft, Universität Hannover, danke ich für die Arbeitsmöglichkeit im ZZBW, für konstruktive Hinweise und Kritik sowie für die Aufnahme der Arbeit in die Edition Bildung und Wissenschaft beim Akademie-Verlag Berlin. Für die PC-Bearbeitung der Druckfassung danke ich Frau Anne Peters, ZZBW. Besonders verbunden bin ich Frau StD Gerda Heinemann, Hannover, für die Lektorierung des gesamten Textes. Meiner Frau, Claudia Hohmeister, Max-Planck-Institut für Europäische Rechtsgeschichte Frankfurt am Main, danke ich für ihre Genauigkeit bei der kritischen Überprüfung vieler Argumente. Trotz aller hier gar nicht im einzelnen aufzulistenden Unterstützung, Beratung und Kritik ist selbstverständlich allein der Verfasser für eventuelle Irrtümer, Defizite oder Fehler verantwortlich.

Frankfurt am Main, August 2000

Rolf-Ulrich Kunze

* Rolf-Ulrich Kunze, Wissenschafts- durch ‚Hochbegabten‘-Förderung? Die Studienstiftung des deutschen Volkes zwischen sozial- und individualemanzipatorischer Begabtenförderung 1925 bis heute, in: Dahlemer Archivgespräche 5 (1999), S. 119–134.

Einleitung

„damit Kirch und Policity morgen wohl bestallet sey.“

Werbung für Stipendien auf einer Tafel der Michaeliskirche, Schwäbisch Hall, 1654.

„Keine Gesellschaft kann es sich leisten, ihre begabtesten Mitglieder zu ignorieren, und alle Gesellschaften müssen sich ernsthaft damit auseinandersetzen, wie sie besondere Talente am besten fördern und ausbilden können.“

Ellen Winner, 1998.¹

„Hochbegabten“-Förderung polarisiert. „Hochbegabte“ sind, wie die amerikanische Psychologin Ellen Winner es in einer neuen Studie ausdrückt, Mythos und Realität zugleich. „Hochbegabung“ erzeugt starke Gefühle: Bewunderung und Mißtrauen, Neid und Angst. „Hochbegabung“ regt die Phantasie an, nicht zuletzt die literarische.² Es verwundert daher nicht, daß kaum ein Thema der Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte derartig umstritten und ideologisch überformt ist wie die Auswahl und Förderung von „Hochbegabten“ in Deutschland.³

Das hängt, abgesehen von dem Nimbus der „Hochbegabung“, damit zusammen, daß „Hochbegabten“-Förderung allgemein mit Elitenbildung gleichgesetzt und, zumal seit der kritischen Aufarbeitung der Erfahrung des Nationalsozialismus in den 1960er Jahren, der deutsche Elitenbegriff weitgehend diskreditiert erscheint.⁴ In dieser auf Elitenkontinuität und „Elitenversagen“

1 Ellen Winner, Hochbegabt. Mythen und Realitäten von hochbegabten Kindern. Stuttgart 1998 (zuerst New York 1996).

2 Vgl. z. B. Anna McGrail, Fräulein Einsteins Universum. München 1999.

3 Was schon ein Blick in die Tagespresse zeigt: siehe z. B. Christine Burtscheidt, „Ein klares Bekenntnis zur Eliteförderung“. Bayerische Wirtschaftsunternehmen planen eine Akademie für die Jahrgangsbesten, in: SZ (MNN) Nr. 138 vom 19.6.1998, S. L1: „Die Förderung besonders begabter Studenten ist an der deutschen Massenuniversität immer noch ein Tabu. Aus diesem Grund hat sich nun die bayerische Wirtschaft entschlossen, diese Lücke zu schließen und in Zusammenarbeit mit den Universitäten eine Akademie zur Eliteförderung in München zu gründen.“

4 So versteht z. B. der Publizist Michael Bonder in seiner kontinuieritätsbetonten Sichtweise „Elitedenken“ ganz selbstverständlich als ein typisches Merkmal der intellektuellen „Neuen Rechten“; Michael Bonder, Ein Gespenst geht um die Welt. Political Correctness. Frankfurt am Main 1995, S. 151. Bonder spielt u. a. an auf Vorstellungen wie bei Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Elite. Erziehung für den Ernstfall. Asendorf ²1990; differenziert zu solchen nationalkonservativen und demokratiekritischen Elitekonzepten z. B. Wolfgang Gessenharter, Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien. München 1994, S. 110 f.

abstellenden Sichtweise gibt es ein „Bündnis der Eliten“ vom Wilhelminismus zum ‚Dritten Reich‘,⁵ das mitursächlich für die ‚deutsche Katastrophe‘ des Nationalsozialismus ist.⁶

Aber auch unabhängig von solchen kritischen Sonderwegshypothesen zur Rolle deutscher Eliten in der Geschichte des ‚Zeitalters der Extreme‘⁷ werden auf internationaler Ebene gegenwärtige Wirtschaftseliten in der Globalisierung als Bedrohung demokratischer Gemeinwesen empfunden, so wie es zum Beispiel der amerikanische Historiker Christopher Lasch in seinem Buch über „Die blinde Elite“ beschrieben hat. Lasch meint, vor einem neuen Typus des höchst erfolgreich weltweit agierenden, durch keine nationalen, religiösen oder ethischen Bindungen mehr auf irgendeine Form von Solidarität zu verpflichtenden Super-Unternehmers warnen zu müssen, der „Macht ohne Verantwortung“ ausübe.⁸

Und im Blick auf die politische Gegenwart scheint vor allem die deutsche Politische Klasse als Inbegriff von „Cliques, Klüngel und Karrieren“, so der Titel einer neueren soziologischen Studie über den Verfall der politischen Parteien und die Entdemokratisierung ihrer Rekrutierungsmuster, die negativen Assoziationen des Herrschaftselitenbegriffs zu verkörpern.⁹

Der französische Politikwissenschaftler Jean-Marie Guéhenno spricht angesichts des allgemeinen Trends zur Isolierung der souverän gewordenen politischen Eliten weltweit sogar vom „Ende der Demokratie.“¹⁰ Schon diese kurzen Hinweise zeigen, daß das Bild von Eliten in der veröffentlichten Meinung zwischen Über- und Unterschätzung schwankt, daß eine Tendenz zur negativen wie positiven Dämonisierung von Eliten und zur uneinheitlichen Verwendung des Eli-

5 Vgl. Fritz Fischer, *Das Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871–1945*. Düsseldorf 1979; kritisch Heinrich August Winkler, *Abschied von den Sonderwegen. Die Deutschen vor und nach der Wiedervereinigung* (1994), in: ders., *Streitfragen der deutschen Geschichte. Essays zum 19. und 20. Jahrhundert*. München 1997, S. 123–147.

6 Zusammenfassend zur Interpretationsgeschichte des Nationalsozialismus Eberhard Kolb, *Das Dritte Reich*. München 1991, S. 123–134, 222–233.

7 Eric J. Hobsbawm, *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*. München/Wien 1995 (zuerst London 1994), S. 37 ff. HH-A: Heinz Haerten, *Die Studienstiftung des deutschen Volkes 1925 bis 1970*. Bonn 1973, S. 157: „Im Ausland bekommen wir zu hören, daß Deutschlands Problem seine Regierungen, Parlamente, Parteien und Stadträte, seine Professoren, Bischöfe und Richter, seine Industriellen und Gewerkschaftler, seine Lehrer und Journalisten seien, Deutschland leide unter den Traumata seiner Elite, die – seit sie sich von der französischen Revolution faszinieren, aber nicht mitreißen ließ – zwischen Intellektualismus und Verwirklichung, zwischen Verantwortung und Führung, zwischen Macht und Moral stets das entpflichtende Moment von Romantik, Sentimentalität und Irrationalismus gestellt habe.“

8 Christopher Lasch, *Die blinde Elite: Macht ohne Verantwortung*. Hamburg 1995.

9 Erwin K. und Ute Scheuch, *Cliques, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien. Eine Studie*. Reinbek 1992; siehe dazu auch Dietrich Herzog, *Politische Führungsgruppen. Probleme und Ergebnisse der modernen Elitenforschung*. Darmstadt 1982; vgl. auch Ursula Hoffmann-Lange, *Eliten als Hüter der Demokratie? Zur Akzeptanz demokratischer Institutionen und freiheitlicher Werte bei Eliten und Bevölkerung in der Bundesrepublik*, in: Dirk Berg-Schlosser, Jakob Schissler (Hg.), *Politische Kultur in Deutschland*. Opladen 1987, S. 378–390; mit deutlicher Kritik am Verschwinden des Politischen und der Aufgabe des Primats der Politik durch die deutsche politische Klasse Konrad Adam, *Die Republik dankt ab. Die Deutschen vor der europäischen Versuchung*. Berlin 1998, S. 37 ff.

10 Jean-Marie Guéhenno, *Das Ende der Demokratie*. München/Zürich 1994 (zuerst Paris 1993); vgl. Dietrich Herzog, *Brauchen wir eine politische Klasse?* In: APZ B 50/91, S. 3–13.

tenbegriffs bei der Kennzeichnung von Funktions-, Leistungs- oder gar Anspruchseliten besteht.¹¹ Nur selten wird in der öffentlichen Debatte in Deutschland von Verantwortungselite gesprochen.¹² Deutlich und mahnend tat dies Bundespräsident Roman Herzog in seiner Berliner Ansprache vom 26. April 1997: „Unsere Eliten dürfen den notwendigen Reformen nicht hinterherlaufen, sie müssen an ihrer Spitze stehen! Eliten müssen sich durch Leistung, Entscheidungswillen und ihre Rolle als Vorbild rechtfertigen. Ich erwarte auch eine klare Sprache!“¹³ Doch solche *common sense*-geleiteten Ordnungsrufe in der Elitendebatte bleiben die Ausnahme: auch dies ist eine Kontinuität in der deutschen Elitengeschichte des 20. Jahrhunderts.¹⁴

Das Thema der ‚Hochbegabten‘-Förderung ist von der soziologischen Diskussion um Elitenzirkulation¹⁵ und von der breiten populären Elitenkritik nicht zu trennen, da trotz aller zunehmend differenziert-heterogenen Zusammensetzung von kompetitiven Funktionseleiten in der demokratisch-pluralistischen Gesellschaft Eliten immer auch Machteliten sind und als solche wahrgenommen werden. Die Geschichte der 1925 gegründeten Studienstiftung des deutschen Volkes, der ersten deutschen Organisation zur professionellen Identifizierung, Auswahl und Förderung von ‚Hochbegabten‘ in Deutschland, wurde nicht nur begleitet von dem von vielen Seiten und aus ganz unterschiedlichen Perspektiven erhobenen Vorwurf, Eliten heranzubilden und elitär zu sein, sie stellt selbst ein Kapitel der Geschichte der Elitediskussion in Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg dar.¹⁶

-
- 11 Für einen Überblick der älteren Literatur bis Mitte der 1980er Jahre vgl. Wolfgang Felber, *Eliteforschung in der Bundesrepublik Deutschland. Analyse, Kritik, Alternativen*. Stuttgart 1986; für den Forschungsstand vgl. Wilhelm Bürklin u. a., *Eliten in Deutschland: Rekrutierung und Integration*. Opladen 1997. Hier findet sich das derzeit aktuellste Literaturverzeichnis zum Thema mit politik- und sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt, S. 421–452; Kurzdefinitionen z.B. bei Hartmuß Kreß, *Elite*, in: *Evangelisches Staatslexikon*. Hg. v. Theodor Schober u. a. Stuttgart/Berlin 1980, S. 323 f.; mit aktueller Literatur vor allem Franz-Xaver Kaufmann, *Elite*, in: *Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft*. Bd. 2. Hg. v. der Görres-Gesellschaft. Freiburg i. Br. u. a. 1995, S. 218–222; zusammenfassend zu Elite-Konflikten in der Bundesrepublik Ursula Hoffmann-Lange, *Eliten, Macht und Konflikt in der Bundesrepublik*. Opladen 1992.
- 12 Vgl. Ursula Hoffmann-Lange, *Eliten in der Bundesrepublik – Kartell der Angst, Machtelite oder verantwortliche Repräsentanten*, in: Heinrich Best (Hg.), *Politik und Milieu. Wahl- und Elitenforschung im historischen und interkulturellen Vergleich*. St. Katharinen 1989, S. 238–261.
- 13 Bundespräsident Roman Herzog, *Aufbruch ins 21. Jahrhundert. Ansprache im Hotel Adlon in Berlin am 26. April 1997*. Berlin 1997, S. 19.
- 14 Vgl. Richard Meili, *Begabung*, in: *Handwörterbuch der Sozialwissenschaften*. Hg. v. Erwin von Beckerath u. a. Bd. 1. Stuttgart u. a. 1956, S. 719–723; zu älteren Begabungstheorien vgl. Hans Peter Dreitzel, *Begabung*, in: *Wörterbuch der Soziologie*. Hg. v. Wilhelm Bernsdorf. Stuttgart 1969, S. 83–85.
- 15 Siehe dazu Wolfgang Zapf, *Wandlungen der deutschen Elite. Ein Zirkulationsmodell deutscher Führungsgruppen 1919–1961*. München 1966; zur deutschen Elitediskussion nach 1945 S. 18 ff.; *Politische Klasse und politische Institutionen: Probleme und Perspektiven der Elitenforschung*. Dietrich Herzog zum 60. Geburtstag. Hg. v. Hans-Dieter Klingemann. Opladen 1991; für vergleichende Ansätze siehe z. B. *Elites in transition: Elite research in Central and Eastern Europe*. Ed. by Heinrich Best. Opladen 1997
- 16 Die Studienstiftung hat stets betont, ‚Hochbegabten‘-Förderung und keine Elitenbildung zu betreiben; vgl. Hartmut Rahn, *Elite bilden oder Begabte fördern?*, in: *Studienstiftung Jahresbericht 1994*. Hg. v. StSt, Bonn 1985, S. 21–31.

Um so erstaunlicher ist es, daß eine Geschichte der Studienstiftung bis jetzt noch nicht vorliegt.¹⁷ Die Anfang der 1970er Jahre von Dr. Heinz Haerten im Auftrag des Vorstands erstellte Schrift ‚Die Studienstiftung des deutschen Volkes, 1925 bis 1970‘¹⁸ ist zwar eine auf eigene archivalische Studien gestützte, wertvolle Sammlung von Material, doch wurde sie weder publiziert noch in der Studienstiftung als Anregung zur Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte verstanden. In der psychologischen, sozialwissenschaftlichen und pädagogischen Literatur zur ‚Hochbegabungs‘-Forschung findet die Studienstiftung zwar am Rande Erwähnung, doch beziehen sich diese sporadischen Hinweise fast ausschließlich auf die aktuelle Auswahl- und Förderpraxis der Studienstiftung.¹⁹ Auch der Brockhaus sagt zur Geschichte der Studienstiftung nur sehr Allgemeines aus: ‚politisch, konfessionell und weltanschaulich ungebundene Stiftung, gegründet 1925, aufgelöst 1934, neugegründet 1948. Sitz: Bonn-Bad Godesberg; fördert aus Mitteln, die von Bund, Ländern, Stadt- und Landkreisen, dem Stifterverband für die deutsche Wissenschaft und von privater Seite zur Verfügung gestellt werden, hochbegabte Studenten.‘²⁰ Die größere Arbeit von Hélène Guyot-Sander aus dem Jahr 1987 beschäftigt sich in erster Linie mit der Organisation und Motivation der Förderung.²¹

Für ihre alltägliche Arbeit – die ‚Jahresberichte‘ als Hauptquelle der Information über die Studienstiftung zeigen das deutlich – scheinen Geschichte und Traditionsbewußtsein fast keine Rolle zu spielen. Die Legitimation ihrer Tätigkeit findet die Studienstiftung in der Gegenwart, nicht in der Vergangenheit.

Das aber läßt Fragen offen und gibt zugleich wesentliche Linien einer Untersuchung zur Geschichte der Studienstiftung und ihrer notwendigen Historisierung jenseits der Beschreibung ihrer jeweils gegenwartsfixierten Tätigkeit im Wandel der Zeit bereits vor. Es geht um Wissenschafts- und Bildungsgeschichte, nicht allein um die Institutionenkunde einer Einrichtung der ‚Hochbegabten‘-Förderung, deren Selbstbezeichnung den Anspruch enthält, dies im Namen des deutschen Volkes zu tun.

Eine Studie zur Geschichte der Studienstiftung ist immer auch eine Auseinandersetzung mit der Sozialgeschichte ihrer gesellschaftlichen Funktion, mit einem Ausschnitt der Wissenschaftsgeschichte, mit der komplexen Interaktion von Wissenschaft und Gesellschaft im sozialen Wandel

17 Rolf-Ulrich Kunze, Die Geschichte der Studienstiftung des deutschen Volkes. Ein Projekt, in: Studienstiftung Jahresbericht 1996. Hg. v. StSt. Bonn 1997, S. 15–26; ders., ‚Elitenbildung‘ und die Studienstiftung des deutschen Volkes, in: Liberal. Vierteljahreshefte für Politik und Kultur 39 (1997), H. 2., S. 91–100.

18 HH-A: Heinz Haerten, Die Studienstiftung des deutschen Volkes 1925 bis 1970. Bonn 1973.

19 Vgl. Annette Heinbokel, Hochbegabte. Erkennen, Probleme, Lösungswege. Baden-Baden 1988, S. 19–22; Klaus K. Urban, Zur Förderung besonders Begabter in der BRD, in: Hochbegabungsförderung international. Hg. v. Hans-Georg Mehlhorn, dems. Köln/Wien 1989, S. 150–173, 162.

20 Brockhaus Enzyklopädie. Bd. 21. Mannheim ¹⁹1993, s. v. ‚Studienstiftung des deutschen Volkes‘, S. 368; vgl. auch Ute Berkel, Klaus Neuhoff, Ambros Schindler, Erich Steinsdörfer, Stiftungshandbuch. Hg. v. Stiftungszentrum im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft. Baden-Baden ³1989, S. 461; Bundesverband der deutschen Stiftungen (Hg.), Verzeichnis der Deutschen Stiftungen 1994. Darmstadt 1994, S. 805 f.

21 Hélène Guyot-Sander, La Studienstiftung des deutschen Volkes: un exemple de ‚Begabtenförderung‘ en RFA. Strasbourg 1987 (zugl. Diss.).

zwischen Weimarer Republik und bundesdeutscher Leistungsgesellschaft.²² Sie versteht sich nicht von selbst.²³

Die Studienstiftungsgeschichte ist Studentengeschichte: Tatsächlich stand bei der Gründung der Studienstiftung 1925 keineswegs der Elitegedanke im Vordergrund, sondern vielmehr die ausdrücklich empfundene soziale und nationale Verpflichtung der nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland entstandenen studentischen Selbsthilfeeinrichtungen gegenüber der *lost generation* des Großen Krieges. So entstand die Studienstiftung mit Sitz in Dresden als eine Abteilung der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft, 1929 umbenannt in Deutsches Studentenwerk. Damit wurde den Ansätzen studentischer Selbsthilfe in der Förderung besonders begabter Kommilitonen in Zusammenarbeit mit Staat und Wirtschaft eine institutionelle Form gegeben.

Der Auftrag der alten Studienstiftung zwischen 1925 und 1933 war strikt sozial gebunden: programmatisch und praktisch ging es hier um die Erschließung von Begabungsreserven in dem durch Krieg und Inflation besonders belasteten Mittelstand, aber auch in der bildungsfernen Arbeiterschaft. So förderte die Studienstiftung vor 1933 bis zu 15% Arbeiterkinder, die sonst mit nur 5% an den Universitäten vertreten waren.²⁴ Die von der Reformpädagogik und dem Stil der Jugendbewegung beeinflussten Aufnahmekriterien waren Begabung, Persönlichkeit und Bedürftigkeit. Eine Anspruchselite waren die Studienstiftler der 1920er Jahre deshalb nicht: aufgrund des subsidiären Charakters des Stipendiums, das nicht für den vollen Lebensunterhalt aufkam, sondern auf die Selbsthilfe der Stipendiaten setzte, waren ihre sozialen Lebensverhältnisse gesichert, aber nicht bevorzugt.

Die 1948 wiedergegründete Studienstiftung unterschied sich vor allem in sozialer Hinsicht deutlich von der alten, da sie noch in der ‚Zusammenbruchsgesellschaft‘ zwischen Reich und Bundesrepublik das Aufnahmekriterium sozialer Bedürftigkeit hinter Begabung und Persönlichkeit zurückstellte, nach der Einführung des ‚Honnefer Modells‘ 1957 schließlich ganz darauf verzichtete und so die für die bundesdeutsche Bildungslandschaft typische, akademisierungsbedingte Veränderung bildungsvermittelter sozialer Aufstiegsmuster in der ‚nivellierten Mittelstandsgesellschaft‘ durch die konsequente Individualisierung der Förderung gleichsam vorwegnahm.²⁵

22 Zur soziologischen Definition des Begriffes ‚sozialer Wandel‘ siehe u. a. Susan C. Randall, Hermann Strasser, Einführung in die Theorien des sozialen Wandels. Darmstadt/Neuwied 1979, S. 23–50; der Begriff zuerst bei William F. Ogburn, *Social Change: With Respect to Culture and Original Nature*. New York 1922; vgl. dazu auch Reinhart Koselleck, *Geschichte, Historie: Einleitung*, in: *Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*. Hg. v. Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck. Stuttgart 1975, S. 593–595.

23 Zu den erhöhten Anforderungen an die methodologische Einordnung und auch Rechtfertigung eines historischen Themas vgl. Lothar Gall, *Das Argument in der Geschichte: Überlegungen zum gegenwärtigen Stand der Geschichtswissenschaft*, in: *HZ* 264 (1997), S. 2–20; Pierre Nora, *Zwischen Gedächtnis und Geschichte*. Berlin 1990 (Kleine kulturwissenschaftliche Bibliothek, Bd. 16).

24 Vgl. Konrad H. Jarausch, *Deutsche Studenten 1800–1970*. Frankfurt am Main 1984, S. 143.

25 Siehe Ralf Dahrendorf, *Wandlungen der deutschen Gesellschaft der Nachkriegszeit. Herausforderungen und Antworten*, in: ders., *Gesellschaft und Freiheit. Zur soziologischen Analyse der Gegenwart*. München 1961, S. 300–320.

Die Studienstiftungsgeschichte ist Wissenschaftsgeschichte:²⁶ Ihre Geschichte gibt exemplarische Antworten auf mehrere erkenntnisleitende wissenschaftsgeschichtliche Fragestellungen, z.B. darauf, in welchem Verhältnis private und öffentliche Wissenschaftsförderung zueinander stehen, unter welchen unterschiedlichen Voraussetzungen und Bedingungen sie stattfindet, welchen historischen und soziologischen Veränderungen akademische Kulturen unterliegen, welchen gesellschaftlichen Rang Wissenschaftler und ihre Institutionen behaupten und welche gesellschaftspolitischen Funktionen sie erfüllen, welcher Professionalisierungsstrategien sie sich bedienen haben, um ihre Kompetenzen und Autorität zu erweitern, welche Bilder der Wissenschaft in der Öffentlichkeit entstehen und wie sich diese Bilder mit der Zeit wandeln, wie sich das Spannungsverhältnis zwischen wissenschaftlicher Forschung und gesellschaftspolitischem Engagement, zwischen wissenschaftlich-technischer Machbarkeit und gesellschaftlich-politischer, aber auch moralischer Wünschbarkeit des Machbaren gestaltet.²⁷

Durch die Professionalisierung der Identifizierung, Auswahl und Förderung von ‚Hochbegabten‘ reagierte sie auf die Modernisierungskrise der deutschen Universität und Akademikerschaft nach dem Ersten Weltkrieg²⁸ und trug, nicht als Großforschungs-²⁹ und Wissenschaftsinstitutionen- bzw. *Wissenschaftlerförderung*,³⁰ sondern als Initiative zur Studienförderung besonders Begabter, in gesellschaftlicher Hinsicht zur Wiederherstellung wissenschaftlicher Wettbewerbsfähig-

26 Für eine handhabbare Definition siehe Jürgen Mittelstraß, *Wissenschaftsgeschichte*, in: *Enzyklopädie Philosophie und Wissenschaftstheorie*. Bd. 4. Hg. v. Jürgen Mittelstraß. Stuttgart/Weimar 1996, S. 727–731; vgl. für den hier relevanten Zeitraum Bernhard vom Brocke (Hg.), *Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftspolitik im Industriezeitalter: Das ‚System Althoff‘ in historischer Perspektive*. Hildesheim 1991; vgl. auch das ‚Profil des Lehrstuhls für Wissenschaftsgeschichte‘ an der Humboldt-Universität zu Berlin: <http://www.geschichte.hu-berlin.de/bereiche/wige/profil.htm>: „Im Verlauf der neueren Geschichte ist in zunehmendem Maße eine Verwissenschaftlichung der menschlichen Erfahrungswelt zu beobachten. Wie kaum ein anderer Bereich der menschlichen Kultur beherrschen die modernen Wissenschaften unsere Welt. Wissenschaftliche Konzepte und Technologien (...) sind in einer kaum zu unterschätzenden Weise integrale Bestandteile unserer täglichen Erfahrungen, Denkweisen und Diskurse geworden. Wissenschaftliche Modelle und Praktiken finden immer häufiger Anwendung in unserem Alltag und stellen zunehmend die Bedingungen unseres Denkens und Handelns dar. Dieser Prozeß der Verwissenschaftlichung ist Ausdruck der gesteigerten Komplexität der modernen Gesellschaft und hat eine weitgefächerte Expertenkultur mit sich gebracht, welche Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften umfaßt und sich in Expertenwissen und Orientierungswissen untergliedert. Angesichts des Aufstieges dieser Expertenkultur und des sich ausdehnenden Einflusses der Wissenschaften auf alle Ebenen des menschlichen Lebens stellt sich die Wissenschaftsgeschichte die Erforschung und kritische Durchleuchtung dieser Phänomene als Aufgabe. Die zentrale Bedeutung der Wissenschaften für die Entwicklung der modernen Gesellschaft steht deshalb im Mittelpunkt der Arbeit am Lehrstuhl für Wissenschaftsgeschichte (...)“

27 Vgl. ebd.

28 Vgl. vor allem Rüdiger vom Bruch, *Wissenschaft, Politik und öffentliche Meinung: Gelehrtenpolitik im Wilhelminischen Deutschland, 1890–1914*. Husum 1980 (zugl. Diss. München 1977); ders., Rainer A. Müller (Hg.), *Formen außerstaatlicher Wissenschaftsförderung im 19. und 20. Jahrhundert: Deutschland im europäischen Vergleich*. Stuttgart 1990.

29 Vgl. z.B. Bernd-A. Rusinek, *Europas 300-GeV-Maschine: Der größte Teilchenbeschleuniger der Welt an einem westfälischen Standort?*, in: *Geschichte im Westen* 11 (1996), S. 135–153.

30 Vgl. z.B. Rudolf Vierhaus (Hg.), *Forschung im Spannungsfeld von Politik und Gesellschaft: Geschichte und Struktur der Kaiser Wilhelm-/Max-Planck-Gesellschaft*. Stuttgart 1990.

keit, in individueller Hinsicht zu einem Emanzipationsschub der Stipendiatinnen und Stipendiaten bei.³¹ Die seit 1925 entwickelte Individualauswahl, beruhend auf einer Mischung aus persönlichem Auswahlinterview und der Auswertung von benoteten Leistungen und Gutachten, war eine Antwort auf die besonderen deutschen Bedingungen der Begabtenauswahl, die sich von den Bedingungen in den westlichen Ländern unterschieden.³² Die Studienstiftung ersetzte, parallel zu ähnlichen Trends in der von Professionalisierung, Zentralisierung, Verrechtlichung und Bürokratisierung geprägten Entwicklung des modernen Sozialstaats,³³ mit ihrer Professionalisierungsinitiative die mäzenatische, an Stand, Studienfach oder Herkunft gebundene ‚Mildtätigkeits‘-Förderung der Vorkriegszeit. Der hohe handlungsrationale Standard dieser neuen Auswahlmethode nahm zentrale Erkenntnisse späterer ‚Hochbegabungs‘-Forschung vorweg, so z.B. die These, daß *past achievement* Begabter der beste Prädiktor für *future achievement* sei, sich dies aber nur im persönlichen Interview, nicht im standardisierten Begabungstest erschließen lasse.³⁴ Ab 1970 setzte die Studienstiftung in einem zweiten Professionalisierungsschub die Erkenntnisse empirischer ‚Hochbegabungs‘-Forschung in den USA in eine weitgehend verwissenschaftlichte ‚Hochbegabungs‘-Diagnostik um, die vor allem der Bedeutung von pluralisierten Interessenstrukturen und verändertem Bildungsverhalten im sozialen Wandel westlicher Leistungsgesellschaften Rechnung trug.³⁵ Neben Auswahl und Förderung prägte seitdem auch die sozialwissenschaftlich-pädagogisch-psychologische Bildungsforschung im studienstiftungseigenen Institut für Test- und Begabungsforschung das Erscheinungsbild der Studienstiftung. Seit den 1970er Jahren ist in der Studienstiftung ein Trend von der klassischen, materiell-ideellen Mischförderung zur wissenschaftlichen Gesamtdienstleistung durch Kooperation mit anderen Institutionen der Wissenschaftsförderung, mit Großforschungseinrichtungen und mit der Wirtschaft zu beobachten. Professionalisierung, Internationalisierung und Individualisierung kennzeichnen die Strukturgeschichte der Studienstiftung als einer Agentur der Wissenschaftsförderung seit 1925 und 1948.

-
- 31 Siehe zur Begrifflichkeit: Professionalisierung in historischer Perspektive. Hg. v. Hans-Ulrich Wehler. Göttingen 1980; vgl. zur Professionalisierung als ‚pädagogische Handlung‘ Lutz-Michael Alisch (Hg.), Professionswissen und Professionalisierung. Braunschweig 1990. Im Blick auf die Studienstiftungs-Geschichte kann der Professionalisierungsbegriff sowohl eng – als Einführung und Etablierung neuer Berufsbilder in der ‚Hochbegabten‘-Förderung (‚Referent der Studienstiftung des deutschen Volkes‘ ab 1948, zwischen 1925 und 1933 ‚Mitarbeiter‘ der Studienstiftung des Deutschen Volkes bei der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft/ab 1929: dem Deutschen Studentenwerk) – als auch weit – im Sinne einer konkreten Erhöhung von Handlungs- und Planungsrationale im Bereich der Identifizierung, Auswahl und Förderung von ‚Hochbegabten‘ verstanden werden.
- 32 Siehe Dieter Langewiesche, Heinz-Elmar Tenorth, Bildung, Formierung, Destruktion, in: Handbuch der deutschen Bildungsgeschichte. Bd. V: Die Weimarer Republik und die nationalsozialistische Diktatur. Hg. v. denselben. München 1989, S. 2–24.
- 33 Vgl. Christoph Sachße, Der Wohlfahrtsstaat in historischer und vergleichender Perspektive, in: GuG 16 (1990), S. 479–490.
- 34 Vgl. z. B. Eduard Spranger, Begabung und Studium. Leipzig 1917, und Elizabeth Hagen, Die Identifizierung Hochbegabter. Grundlagen der Diagnose außergewöhnlicher Begabungen. Heidelberg 1989 (zuerst New York 1980).
- 35 Vgl. Hartmut Rahn, Interessenstruktur und Bildungsverhalten. Die Bedeutung außerschulischer Interessen, Erfahrungen und Aktivitäten für die Voraussage des Bildungsverhaltens von Schülern der gymnasialen Oberstufe. Braunschweig 1978.

Die Studienstiftungsgeschichte ist Geschichte des sozialen Wandels im engeren Sinn: Ihre Tätigkeit im Bereich der ‚Hochbegabten‘-Förderung ist ein Beispiel defensiver und partieller Modernisierung.³⁶ Aus dem Gedankengut der studentischen Selbsthilfe und der Reformpädagogik heraus gegründet, hatte schon die Studienstiftung vor 1933 den Charakter einer staatlichen Auftragsverwaltung in der Zentralisierung und Vereinheitlichung der Begabtenförderung, die an Professionalität dem Wissenschaftsförderungsmanagement ihrer Zeit voraus war. Anders als im angloamerikanischen Kultur- und Wissenschaftsraum überließ der Weimarer Staat die ‚Hochbegabten‘-Auswahl nicht weitgehend den Hochschulen oder privater Initiative, sondern beteiligte sich an der Finanzierung der selbständigen, aber eng mit staatlichen Stellen auf Reichs-, Länder- und Kommunalebene kooperierenden Studienstiftung, die vor allem in der Formulierung ihrer Prämissen – unter anderem in der Ablehnung jedes normativen, an Kriterienkataloge gebundenen ‚Hochbegabungs‘-Begriffes – allerdings freie Hand behielt. Das galt um so mehr für die Studienstiftung nach 1948, deren Modernisierungsbeitrag in den 1960er Jahren vor allem in der Formulierung von Konzepten für die Reform eines erstarrten Bildungs- und Hochschulwesens lag, dem zunehmend die Erschließung von Begabung nicht mehr gelang. Einen modernisierungsgeschichtlichen Rückschritt stellte demgegenüber die Gleichschaltung der Studienstiftung 1933 und die konsequente Entprofessionalisierung durch eine ideologisch motivierte, universalrassistische und totalitäre Begabten-Auswahl im ‚Reichsstudentenwerk‘ ab 1934 dar. Im Bereich der Begabtenförderung zeigte die nationalsozialistische Herrschaft eindeutig nicht Züge einer ‚Entwicklungsdiktatur‘.³⁷

Die Studienstiftungsgeschichte ist Mentalitätsgeschichte:³⁸ Die verschiedenen Ebenen der Auseinandersetzung um den Begriff der Elite haben in hohem Maß Indikatorfunktion sowohl für die Entwicklung der ‚deutschen Ideologie‘ als auch für den modernisierungsbedingten Mentalitätswandel der deutschen Akademikerschaft im Übergang von der klassischen Industrie- zur postindustriellen Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft.³⁹ Die Behandlung der ‚Hochbegabungs‘-Problematik bietet damit Anknüpfungspunkte für strukturgeschichtliche Interpretationen ungleichzeitig-gleichzeitiger Prozesse der langen Dauer im sozialen Wandel, z.B. der akademi-

36 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, *Modernisierungstheorie und Geschichte* (1975), in: ders., *Die Gegenwart als Geschichte. Essays*. München 1995, S. 13–59; Dietrich Rüchemeyer, *Partielle Modernisierung*, in: Wolfgang Zapf (Hg.), *Theorien des sozialen Wandels*. Köln/Berlin 1969, S. 382–396, 382: „Partielle Modernisierung (...) ist ein Prozeß sozialen Wandels, der zur Institutionalisierung relativ moderner Sozialformen neben erheblich weniger modernen Strukturen in ein und derselben Gesellschaft führt.“ Zur begrifflichen Weiterentwicklung: *Die Modernisierung moderner Gesellschaften*. Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Hg. v. Wolfgang Zapf. Frankfurt am Main 1991.

37 Für einen Überblick zur Diskussion vgl. Norbert Frei, „Wie modern war der Nationalsozialismus?“, in: *GuG* 19 (1993), S. 367–387.

38 Grundlegend zur Mentalitätsgeschichte deutscher Akademiker Fritz Stern, *Der Traum vom Frieden und die Versuchung der Macht. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert*. Neuausg. 1999 (tw. zuerst New York 1987, Berlin 1988); ders., *Einstein's German World*. Princeton N.J. 1999.

39 Vgl. z. B. Hagen Schulze, *Mentalitätsgeschichte – Chancen und Grenzen eines Paradigmas der französischen Geschichtswissenschaft*, in: *GWU* 36 (1985), S. 247–270; umfassend Annette Riecks, *Französische Sozial- und Mentalitätsgeschichte. Ein Forschungsbericht*. Münster 1989 (zugl. Diss. phil. Münster 1988); zur Begrifflichkeit Peter Burke, *Offene Geschichte. Die Schule der ‚Annales‘*. Berlin 1991 (zuerst Oxford 1990).

schen Überfüllungskrise in den 1920er und der durchgreifenden Akademisierung der westdeutschen Gesellschaft seit den 1950er Jahren⁴⁰ sowie der Entwicklung des antiwestlich, antidemokratisch und antiliberal akzentuierten Selbstverständnisses der überwiegenden Mehrheit deutscher Akademiker vor 1933 und nach 1945.⁴¹

Die Geschichte der Studienstiftung ist auch eine Geschichte ihrer Reaktion auf den Elitenbildungsvorwurf. Auf einer Tagung des Deutschen Studentenwerks im Oktober 1929 in Würzburg betonte der damalige Leiter der Studienstiftung, Dr. Wilhelm Hoffmann, in erklärter Abgrenzung von elitären Vorstellungen den gemeinschaftsbezogenen Charakter des Stipendiums: „Auch der engste (...) Kreis der Studienstiftung selbst ist von gemeinschaftlichem Geiste durchdrungen. Die Studienstiftung ist aufgebaut auf Vertrauen (...). Dieses Menschliche (...) soll die Studienstiftung auszeichnen. Sie soll nicht bürokratisch, zentralistisch aufgebaut sein.“⁴² Solche Kritik an einer technokratischen Funktions- und Funktionärselitenbildung aufgreifend, schrieb Robert Leicht im Jahresbericht 1992 zum Thema ‚Führungskräfte‘, daß er sich von ‚Hochbegabten‘ vor allem ein hohes Maß an Diskretion wünsche.⁴³

Doch trotz aller Auseinandersetzung mit dem Vorwurf der Elitenbildung, welche die Studienstiftung bis heute charakterisiert, bleiben Auswahl und Förderung von ‚Hochbegabten‘ zugleich ein individuelles und ein gesellschaftliches Problem: auf individueller Ebene, weil in jedem Einzelfall eine Entscheidung für oder gegen Förderung getroffen werden muß, die eine Entscheidung über das Vorliegen einer förderungswürdigen ‚Hochbegabung‘ gemäß der Satzung der Studienstiftung ist; auf gesellschaftlicher Ebene, weil diese Förderung mehrheitlich aus öffentlichen Mitteln sich gegen andere notwendige Ziele der Bildungspolitik durchsetzen muß. Schon 1975 warnte Reimut Jochimsen als Vertreter des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft in seiner Gedenksprache zum 50. Erstgründungsjubiläum der Studienstiftung davor, individuelle und gesellschaftliche Zielsetzung gegeneinander auszuspielen: „Die Gesellschaft einerseits braucht zweifellos besonders qualifizierte Personen. Andererseits ist es auch die Aufgabe der demokratischen Gesellschaft, den einzelnen seinen besonderen Fähigkeiten entsprechend zu fördern.“⁴⁴ Aus der Spannung zwischen individueller und gesellschaftlicher Zielsetzung hat die Studienstiftung eine Kompromißformel abgeleitet, die versucht, den in gesellschaftlicher Hinsicht verpflichtenden Charakter in ihrem Sinne förderungswürdiger Begabung zu betonen:

40 Vgl. Gordon A. Craig, *Über die Deutschen*. München⁵ 1991 (zuerst New York 1982), S. 194–215; zur Rolle der Geschichtswissenschaft in diesem Prozeß vgl. Wolfgang Hardtwig, *Geschichtsstudium, Geschichtswissenschaft und Geschichtstheorie in Deutschland von der Aufklärung bis zur Gegenwart*, in: ders., *Geschichtskultur und Wissenschaft*. München 1990, S. 13–57.

41 Vgl. Fritz Stern, *Die zweite Chance? Deutschland am Anfang und Endes des Jahrhunderts* (1992), in: ders., *Verspielte Größe. Essays zur deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts*. München 1999 (zuerst ebd. 1996), S. 11–36, vor allem 24.

42 IfH-A WÜ: Wilhelm Hoffmann, *Wichtige Fragen der Studienstiftung des deutschen Volkes*. Sonderdruck des Referates, gehalten auf der Tagung des Deutschen Studentenwerks in Würzburg, Oktober 1929. O.O., o.J., S. 5.

43 Robert Leicht, *Was ist eigentlich Führungskraft?*, in: *Studienstiftung Jahresbericht 1992*. Hg. v. StSt. Bonn 1993, S. 16–19, 17.

44 Prof. Dr. Reimut Jochimsen, *Festansprache zu 50 Jahren Studienstiftung*, in: *Studienstiftung Jahresbericht 1975*. Hg. v. StSt. Bonn 1976, S. 19–24, 20.

„Im Bildungsabschnitt zwischen der Reifeprüfung und der abgeschlossenen Promotion versucht die Studienstiftung, die tüchtigsten Studierenden zu identifizieren und sie durch ein breites Spektrum geistiger und materieller Angebote zu fördern. Sie sucht Studierende, die durch ihre bisherigen Leistungen in selbst gewählten Arbeits- und Interessenbereichen bewiesen haben, daß sie mit persönlichem Einsatz etwas aus ihrem Können gemacht haben und daß sie dies mit wacher Verantwortung für Wissenschaft und Beruf, für den Mitmenschen, für die Allgemeinheit und für sich selbst tun.“⁴⁵

Das Problem von Begabung und Persönlichkeit stellt sich in jedem Auswahlverfahren erneut, auch wenn man mit Max Weber einwenden mag, daß „Persönlichkeit‘ auf wissenschaftlichem Gebiet (...) nur der (hat), der *rein der Sache* dient.“⁴⁶ Doch zu der Persönlichkeit, die als ‚hochbegabt‘ wahrgenommen wird, gehört eben auch die charismatische Fähigkeit, sein Engagement für die Sache der Wissenschaft anderen gegenüber überzeugend darzustellen.

Diese dynamischen Faktoren machen die Auswahl zu einem so kreativen wie prekären Geschäft, das der Kritik viele Ansatzpunkte bietet. Da ist zum einen der Ruf der Studienstiftung und der Studienstiftler als geschlossener Gesellschaft der ‚1,0er‘, der allerdings zu einem guten Teil auf Prozessen der *self-fulfilling prophecy* beruht.⁴⁷

Die Studienstiftung betont in ihren regelmäßigen Schreiben an die vorschlagsberechtigten Oberstudiendirektoren deutscher Gymnasien stereotyp seit Jahrzehnten, daß sie an Vorschlägen nach Leistung und Charakter Geeigneter, also nicht an einem automatischen Vorschlag der lediglich nach Noten besten Abiturientinnen und Abiturienten eines Jahrgangs interessiert ist. Manche Schulleitungen ignorieren die Betonung von Charakter und Leistung allerdings kontinuierlich, weil sie ein bestimmtes Bild von der Studienstiftung haben, das sie durch ihre Vorschlagspolitik ‚1,2 aufwärts‘ bestätigen.⁴⁸ Die Gleichsetzung von sehr guten Schulnoten, aber auch von einem bis zur Charakterschwäche überangepaßten Musterschüler- und antisozialen ‚Streber‘-Verhalten

45 Studienstiftung des deutschen Volkes (Hg.), Die Studienstiftung des deutschen Volkes. Bonn 1992, S. 1.

46 Max Weber, Der Beruf zur Wissenschaft, in: (u. a.) ders., Soziologie. Universalgeschichtliche Analysen. Politik. Hg. v. Johannes Winkelmann. Stuttgart 1973, S. 311–339, 314.

47 Zum Verhältnis von sozialem und symbolischem Kapital in Akademikerkarrieren grundlegend Pierre Bourdieu, Titel und Stelle: Über die Reproduktion sozialer Macht. Frankfurt am Main 1981.

48 Kritisch dazu Gerhard Teufel, Tätigkeitsbericht 1996, in: Studienstiftung Jahresbericht 1996. Hg. v. der StSt. Bonn 1997, S. 29–66, 32 f. Schon Studienstiftungsleiter Heinz Haerten wehrte sich gegen diese Auffassung: ZZBW-A: Aktenbestand Haerten, I 1949–1959: Heinz Haerten, Vortrag im Pädagogischen Institut Heidelberg, 24.9.1956: „Vor kurzem bat einer unserer Mitarbeiter einen Oberstudiendirektor der uns einen Oberprimaner vorgeschlagen hatte, er möge uns doch über Niveau und Eigenart der wissenschaftlichen Begabung des jungen Mannes etwas mitteilen. Dieses Gutachten wurde mit dem Hinweis auf das vorliegende Abiturzeugnis abgelehnt, aus dessen guten Noten ja hervorgehe, daß der Bewerber wissenschaftlich hervorragend befähigt sei. Das müsse der Studienstiftung genügen. Das darf indessen der Studienstiftung nicht genügen, denn der Fall, daß ein guter Abiturient auf der Hochschule sehr bald im Mittelmaß untertaucht und daß mittelmäßige Abiturienten gute, ja sogar hervorragende Studenten werden, ist dafür allzu häufig.“

mit ‚Hochbegabung‘⁴⁹ gehört zu den Problemen im Diskurs um die Begabtenförderung, ebenso das nicht selten äußerst problematische Zusammenspiel von Elternwunsch und Schulvorschlag für die Studienstiftung. Der erste Nachkriegsleiter der Studienstiftung, Heinz Haerten, hat das in aller wünschenswerten Deutlichkeit in einer Ansprache an vorschlagsberechtigte Gymnasiallehrer zum Ausdruck gebracht:

„Jede Zeitungs- oder Rundfunknotiz über die Studienstiftung treibt irgendwo in Deutschland einen ehrgeizigen Vater oder eine notleidende Mutter ins Sprechzimmer des Oberstudiendirektors und nötigt diesen zu einem Vorschlag seines Kindes für die Studienstiftung. Nun ist aber die Studienstiftung keine Einrichtung zur Linderung sozialer Not. (...) Über die Frage, ob ein Primaner auf Grund seiner Begabung für die Aufnahme in die Studienstiftung vorgeschlagen werden kann, entscheidet die Schule als die urteilsfähige Instanz, nicht Elternliebe, Elternehrgeiz oder gar der Wunsch, die unbequeme Last der Ausbildung auf fremde Schultern abzuwälzen. Bitte bleiben Sie in diesen Fällen hart! und ersparen Sie der Studienstiftung den unnötigen Aufwand des Auswahlverfahrens und dem armen Jungen bzw. dem armen Mädchen die mit Sicherheit vorauszu- sehende Enttäuschung über den negativen Ausgang.“⁵⁰

Haerten, der selbst wie auch der erste Leiter der Studienstiftung aus dem praktischen Schuldienst kam, wußte, wovon er sprach, wenn er mit derselben Deutlichkeit darauf hinwies, daß auch die Entscheidung des Lehrers in hohem Maß ungerecht sein kann, wenn die Rücksicht auf Kollegen oder der Ehrgeiz für die eigene Schule über die individuelle Bewertung von Begabung und Persönlichkeit gestellt wird, wenn ‚Lieblingsschüler‘ vorgeschlagen, solche mit ungewöhnlichen Interessen oder schulfernen Begabungen hingegen ignoriert werden.

Die Geschichte der Studienstiftung ist also in erheblichem Maß eine Problemgeschichte der Begabtenauswahl in einer kleinen Institution und damit keine klassische ‚Institutionengeschichte‘.⁵¹ Zu fragen ist nach deren Entstehung und Entwicklung aus bescheidenen Anfängen im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens in der komplexen Zwischenkriegsgesellschaft der Weimarer Republik, nach der Prägung durch herausragende Mitarbeiter und Stipendiaten, schließlich nach der Setzung von Maßstäben in der Begabtenförderung unter Berücksichtigung erster gemachter Erfahrungen. Von Interesse sind die Reaktionen von Studienstiftung und Studienstiftlern auf die zunehmende Krise der demokratischen und pluralistischen Gesellschaft sowie ihrer politischen und akademischen Kultur. Es ist zu fragen nach dem Verhältnis von Studienstiftung und ‚Macht-

49 H. Haerten, Vortrag im Pädagogischen Institut Heidelberg, S. 8: „Der enge Kontakt mit einer bestimmten Schule erlaubt mir, Ihnen von einer Lehrerkonferenz zu berichten, in deren Verlauf die Frage zur Entscheidung gebracht wurde, wen man von der scheidenden Oberprima der Studienstiftung vorschlagen sollte. Diskutiert wurde über einen aus schwierigen häuslichen Verhältnissen stammenden, mit sozialen Komplexen belasteten (...) Jungen. Seine überragende Intelligenz, seine Fähigkeit, selbständig zu denken, (...) wurde von niemand angezweifelt. (...) In dem sich steigernden Streit der Meinungen wurde daraus nun Anmaßung, Mißachtung der Autorität, Aufsässigkeit (...). Vor diesem düsteren Hintergrund hoben sich die Tugenden eines anderen Jungen, der neun Jahre lang mit Hilfe seines ausgezeichneten Gedächtnisses den Lehrstoff tadellos reproduziert und nie den Unterricht gestört hatte, so vorteilhaft ab, daß man ihn der Studienstiftung präsentierte. Er wurde nicht Studienstiftler, aber ein Student der Jurisprudenz, der es mit großer Mühe zu ausreichenden Klausurzensuren bringt.“

50 H. Haerten, Vortrag im Pädagogischen Institut Heidelberg, S. 10.

51 Institutionengeschichtliche Aspekte werden daher an thematisch erforderlichen Stellen und nicht gesondert behandelt. Die Organisationsgeschichte der Studienstiftung ist von ihrer Programmatik und ihrem studentengeschichtlichen Umfeld nicht zu trennen; vgl. dazu Kap. I 4.

ergreifung' Hitlers als ‚deutscher Form der Revolution‘, wie Karl Dietrich Bracher sie genannt hat,⁵² und nach ihrem Verhalten während der Formierungsphase des nationalsozialistischen Staates; schließlich, auf welche Weise das NS-Regime versuchte, die Studienstiftung im Sinne einer völkisch-rassistischen Elitenbildung umzufunktionieren. Die Neugründung der Studienstiftung 1948, mitten in der sich abzeichnenden Weststaatsgründung, wirft Fragen nach dem Umgang der Studienstiftung mit der NS-Vergangenheit und der Verstrickung deutscher akademischer Eliten im Nationalsozialismus auf. Zu beschreiben ist, welche Aufgabe die Studienstiftung in der Wiederaufbaugesellschaft der Adenauerzeit übernahm, welchen Anteil sie an den Krisen und Reformen der unruhigen 1960er Jahre hatte und wie sie sich zu den weitreichenden Bildungs- und Hochschulreformen der 1970er Jahre stellte. In der Auseinandersetzung mit den letzten 15 Jahren wird es darum gehen, die Verwissenschaftlichung und Differenzierung der Förderungspraxis und die Reaktionen der Studienstiftung auf die unverhoffte Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands zu untersuchen.

Nicht angestrebt wurden im Rahmen dieser Arbeit sozialgeschichtliche Längsschnittuntersuchungen zur biographischen Entwicklung der Stipendiaten der Studienstiftung in bestimmten Zeiträumen, also eine Geschichte der Studienstiftler. Eine solche Untersuchung, die sich u.a. auch ‚soziometrisch‘ quantifizierend mit Fragen der Bildungs- und Karrieremuster im Verhältnis zur sozialen Herkunft und beruflichen Stellung befaßt, setzt andere Fragestellungen und sozialwissenschaftliche methodische Zugriffe voraus, so z.B. die serielle Analyse von Studienstiftler-Nachlässen.⁵³ Für eine solche Arbeit fehlen, soweit sich derzeit sagen läßt, die Quellen, z.B. die überwiegende Zahl der Stipendiatenakten der Studienstiftung vor 1933. Insofern erscheint es methodisch im Hinblick auf eine erste Gesamtbearbeitung des Themas, ‚Studienstiftung des deutschen Volkes‘ legitim, sich zunächst mit der institutionalisierten Problemgeschichte der ‚Hochbegabten‘-Förderung zu befassen und die rekonstruierbaren Lebensläufe von Studienstiftlern dafür exemplarisch heranzuziehen. Dennoch muß auf die Grenzen einer solchen Arbeit und die Notwendigkeit weiterer Forschung deutlich hingewiesen werden. In weiteren Arbeiten wird man dann nach Kontinuität und Diskontinuität in Studienstiftler-Biographien zum Beispiel zwischen den 1920er und 1950er Jahren sinnvoll fragen können. Ein Desiderat der Forschung ist weiterhin eine sozialwissenschaftliche Arbeit zur Habitus-Entwicklung von Studienstiftlern 1925 bis 1933, 1933 bis 1945 und 1948 bis heute, die für die Studienstiftung seit 1948 auch umfangreiches, ja einmaliges empirisches Material zur Verfügung hat. Problematisch wäre es jedoch, von der – bislang – überlieferungsbedingt ausschnitthaften Studienstiftler-Geschichte verallgemeinernd auf die Geschichte der Studienstiftung zurückzuschließen.

Die wesentliche Quellenbasis für eine Geschichte der Studienstiftung ist gleichwohl breit. Sie umfaßt sämtliche Akten der Studienstiftung seit 1948 im Archiv der Geschäftsstelle in Bonn-Bad Godesberg, den größten Teil der lange verloren geglaubten Akten der alten, in Dresden ansässigen Studienstiftung im umfangreichen Bestand ‚Reichsstudentenwerk/Reichsstudentenfüh-

52 Karl Dietrich Bracher, *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*. Köln/Berlin 1969, S. 1–52, 22; K.D. Bracher, geb. 1922, Politikwissenschaftler und Zeithistoriker, seit 1959 Prof. für polit. Wissenschaften und Zeitgeschichte in Bonn; u.a. 1962–1968 Vors. d. Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, seit 1972 Wiss. Leiter der Dokumente zur Deutschland-Politik, Vorsitzender des Beirats des Instituts für Zeitgeschichte und Mitherausgeber der VZG.

53 Vgl. zur Methodik z.B. Andreas Gestrich (Hg.), *Biographie – sozialgeschichtlich*. Göttingen 1988.

nung/NSDStB' des Staatsarchivs Würzburg mit Ausnahme der Personalakten sowie einen Aktenbestand im Zentrum für die Zeitgeschichte von Bildung und Wissenschaft (ZZBW), Hannover. Der Großteil der Dresdner Akten war mit der Gründung des ‚Reichsstudentenwerks‘ 1934 nach Berlin und von dort 1939 in das an der Bayerischen Julius-Maximilians-Universität Würzburg gegründete Institut für Hochschulkunde verbracht worden, dessen Bestände 1980 nach einer Zwischenlagerung in der Universitätsbibliothek Würzburg an das Staatsarchiv Würzburg kamen. Einschlägig ist u. a. ferner der Bestand R 149 (Deutsches Studentenwerk/Reichsstudentenwerk) des Bundesarchivs. Zeitgenössische Publikationen der studentischen Presse der Zwischenkriegszeit sowie zeitgenössische bildungs- und hochschulpolitische Publizistik waren einzusehen. Erstmals ausgewertet wurden die im ZZBW Hannover archivierten KMK-Akten zur Frage der Studienförderung in der Bundesrepublik Deutschland. Die Aktengrundlage wird ergänzt durch Dokumente ehemaliger Stipendiatinnen und Stipendiaten, u. a. von Frau Rechtsanwältin Ruth Nettesheim, geb. Bickelhaupt, Berlin, sowie durch eine Vielzahl von Interviews mit Vertretern der Studienstiftung, u. a. mit dem stellvertretenden Generalsekretär Hans Kessler und Generalsekretär Dr. Gerhard Teufel, außerdem durch Materialien aus dem Nachlaß von Dr. Hermann Brügelmann, dem Geschäftsführer der Studienstiftung während der Gleichschaltung 1933/34. Zur Verfügung standen in der Bonner Geschäftsstelle außerdem alle studienstiftungseigenen Publikationen und die des bis 1997 angegliederten Instituts für Test- und Begabungsforschung, eine von dem ehemaligen Studienstiftungs-Mitarbeiter Professor Dr. Dieter Sauberzweig, FU Berlin, besorgte Sammlung von entlegenen Texten des Studienstiftungs-Neugründers Adolf Grimme aus der Frühzeit der Bundesrepublik, ferner der Aktenbestand ‚Erinnerte Geschichte‘ aus den Jahren 1988/89, in dem auf Betreiben von Rahn erbetene Erinnerungsberichte von Studienstiftlern der ersten Generation gesammelt worden waren,⁵⁴ umfangreiche Korrespondenzakten ‚Altstudienstiftler‘, die gesamte Ehemaligenkartei der Studienstiftung für die Zeit ab 1948 sowie eine Sammlung von Presseartikeln mit dem Thema Studienstiftung. Für die Organisation des Stipendienwesens vor 1918 konnte auf die hervorragend erschlossenen Bestände des Universitätsarchivs Tübingen zurückgegriffen werden. Zugänglich war im Archiv der Studienstiftung auch eine dort aufbewahrte interne soziologische Studie aus dem Jahr 1933 von Robert Ulich und Erich Wohlfahrt ‚Zur Bildungssoziologie des akademischen Nachwuchses in Deutschland. Zusammenhänge zwischen Herkunft, Schulvorbildung und Studium, nachgewiesen an Mitgliedern der Studienstiftung des Deutschen Volkes 1925–1933‘, die umfangreiches statistisches Material über die soziale Schichtung der Studienstiftler der alten Studienstiftung enthält.⁵⁵

Die vorliegende Untersuchung zur Geschichte der deutschen ‚Hochbegabten‘-Förderung am Beispiel der Studienstiftung versteht sich weder als reine Institutionenkunde noch als Abriß zur Geschichte der Elitendebatte in Deutschland nach 1918 noch als Festschrift anlässlich des 75jährigen Erstgründungs-Jubiläums im Jahr 2000. Es war darüber hinaus von vornherein ausgeschlossen, allen individuell so verschiedenen Stipendiatenerfahrungen zwischen Weltwirt-

54 Auszüge dieser Erinnerungsberichte wurden gedruckt in: Studienstiftung Jahresbericht 1989. Hg. v. StSt. Bonn 1990.

55 Biographie von Robert Ulich (1890–1977) in: Bernhard vom Brocke (Hg.), Hochschulpolitik in Föderalismus und Diktatur. Die Protokolle der Hochschulkonferenzen der deutschen Länder, Österreichs und des Reichs. Bd. II: 1919 bis 1941. Teil 2: Anhänge. Im Druck. S. 978. Freundlicherweise zur Verfügung gestellt von Prof. Dr. Bernhard vom Brocke, Kassel.

schaftskrise, ‚Machtergreifung‘, Krieg, Wiederaufbau, Pluralisierung der westdeutschen Gesellschaft und deutscher Einheit alltagsgeschichtlich auch nur annähernd gerecht zu werden. Das ist ein Defizit, das nicht durch eine Arbeit wie diese, sondern allein durch monographische Einzelstudien zur Studentengeschichte einerseits und das Festhalten von Erinnerungen möglichst vieler ehemaliger Stipendiaten andererseits verringert werden kann, gerade dann, wenn der oder die Betreffende nicht an gesellschaftlich exponierter Stelle stand.

Name dropping lag ebenfalls nicht in der Absicht des Verfassers, auch wenn es sich bisweilen deshalb nicht vermeiden ließ, weil das öffentliche Bild der Studienstiftung leidigerweise oft an einigen wenigen prominenten Ehemaligen festgemacht wird, was ihrer Zielsetzung und ihrem Charakter widerspricht. Ein leitendes Erkenntnisinteresse dieser Arbeit ist darin zu sehen, zu einer weniger vorurteilsbehafteten und offeneren Debatte über das erhebliche individuelle und gesellschaftliche Problem der ‚Hochbegabung‘ beizutragen und Problemkontinuitäten aufzuzeigen.⁵⁶

Diese Studie möchte am Beispiel der Studienstiftung des deutschen Volkes ferner zeigen, daß, erstens, die Förderung von ‚Hochbegabten‘ eine normale Funktion einer demokratischen Leistungsgesellschaft und damit keine problematische Form der Elitenbildung ist; daß, zweitens, herausragende Leistung, auf welchem Gebiet auch immer, nicht im gesellschaftlich und sozial leeren Raum stattfindet, andererseits aber auch nicht ausschließlich über ihren gesellschaftlichen Nutzen oder ihren sozial- und gesellschaftspolitischen Effekt definiert werden darf; daß, drittens, ‚Hochbegabten‘-Förderung und Breitenbildung nicht gegensätzliche, sondern komplementäre Konzepte von Bildungspolitik sind, die in der Schaffung und Erhaltung von Freiräumen der Emanzipation, der Innovation und Kreativität in einer freien Gesellschaft zusammenwirken müssen.⁵⁷

Wie jede wissenschaftliche Arbeit, findet auch diese Geschichte der ‚Hochbegabten‘-Förderung am Beispiel der Studienstiftung des deutschen Volkes ihre Grenzen in den Fragen, die sie u.a. aufgrund eines bestimmten Erkenntnisinteresses stellt. Es gehört daher zu dem, was man mit Pierre Bourdieu unter der Verantwortung des Intellektuellen verstehen kann, sowohl zur Be-

56 Hegel hat in exemplarischer Form auf das Ungleichheitsproblem beim mehrschichtigen Begriff ‚Vermögen‘ hingewiesen: „Die Möglichkeit der Teilnahme an dem allgemeinen Vermögen, ist aber *bedingt*, teils durch eine unmittelbare eigene Grundlage (Kapital), teils durch die Geschicklichkeit, welche ihrerseits wieder selbst durch jenes, dann aber durch die zufälligen Umstände bedingt ist, deren Mannigfaltigkeit die *Verschiedenheit* in der *Entwicklung* der schon *für sich ungleichen* natürlichen körperlichen und geistigen Anlagen hervorbringt, – eine Verschiedenheit, die in dieser Sphäre der Besonderheit nach allen Richtungen und von allen Stufen sich hervortut und mit der übrigen Zufälligkeit und Willkür die *Ungleichheit* des *Vermögens* und der *Geschicklichkeiten* der Individuen zur notwendigen Folge hat.“ Georg Wilhelm Friedrich Hegel, Grundlinien der Philosophie des Rechts. Hg. v. Johannes Hoffmeister. Hamburg⁴ 1955 (Ausg. 1962), § 200, S. 174 f.

57 Vgl. Bundespräsident Roman Herzog, Rede auf Schloß Eringerfeld/Stadt Geseke zum 40jährigen Jubiläum der Bischöflichen Studienförderung ‚Cusanuswerk‘, in: Roman Herzog, Reden und Interviews 1. Juli 1995–30. Juni 1996. Bd. 2/2. Hg. v. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. Bonn 1996, S. 607–617; siehe zum Problem Elite und Demokratie Ursula Hoffmann-Lange, Eliten und Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland, in: Max Kaase (Hg.), Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Opladen 1986, S. 318–338.

dingtheit und damit: Begrenztheit der eigenen Fragemöglichkeiten als auch zu den jeweils gewählten Grenzen seiner Fragen zu stehen.⁵⁸

Einige kurze Bemerkungen zum Begriff ‚Hochbegabung‘, zur Textgestalt und zum Umgang mit Personenakten: Trotz intensiver Beschäftigung mit dem Phänomen ‚Hochbegabung‘ und den sozialwissenschaftlichen und psychologischen Bemühungen, diesen Begriff einzugrenzen und einen Idealtypus des ‚Hochbegabten‘ zu konstruieren, fand der Verfasser keine Beschreibung oder Definition ‚hochbegabten‘ Verhaltens so einleuchtend, daß sie die Zweifel an der normativen Sinnhaftigkeit dieses Begriffs, dessen Bedeutungsvielfalt auch bei strenger Reduktion eine Spanne vom ‚überdurchschnittlichen Talent‘ bis zum ‚Genie‘⁵⁹ umfaßt, vollständig ausräumen konnten.⁶⁰ Daher erscheint ‚Hochbegabung‘ in diesem Text durchgängig in Anführungszeichen, auch wenn es sich im Kontext der Begabtenförderung um einen gebräuchlichen, vielleicht sogar: allzu gebräuchlichen Begriff handelt. Der Verfasser ist der Ansicht, daß der Begriff der Begabung auch zur Beschreibung des Phänomens der ‚Hochbegabung‘ ausreicht.⁶¹

Für dieses Buch waren in erster Linie archivalische Quellen zu berücksichtigen, die zum Teil ausführlich zitiert werden. Diese Praxis soll zum einen die Anschaulichkeit des Beschriebenen erhöhen, da sich die Lebensumstände und Studienbedingungen von Studenten der 1920er, ja selbst der 1950er Jahre ganz erheblich von unserer heutigen Vorstellungswelt abheben. Zum anderen soll die überwältigende Fülle von studenten- und wissenschaftsgeschichtlichem Material, das über die Zusammenhänge einer Geschichte der Studienstiftung weit hinausweist, durch exemplarisch-paradigmatische Behandlung bewältigt werden.⁶² Bei der Auswahl von Beispielen war jedenfalls angestrebt, keine Fachkultur und Fachdisziplin zu bevorzugen. Ferner erhebt die Arbeit im Hinblick auf die Studentengeschichte und studentische Alltagsgeschichte, die Bildungs-, Pädagogik- und Universitätsgeschichte⁶³ keinen Anspruch auf eine in diesem Rahmen nicht zu leistende Vollständigkeit. Auch hinsichtlich der Institutionsgeschichte der Studienstiftung geht es in dieser Arbeit um die Konkretisierung des strukturgeschichtlichen Problems der ‚Hochbegabten‘-Förderung am Beispiel der Studienstiftung und nicht um eine aus den Universitätsarchiven zusammengestellte, detaillierte Abhandlung ihres Erscheinungsbilds an allen deutschen Universitäten seit 1925/1948.⁶⁴

58 Pierre Bourdieu, Satz und Gegensatz. Über die Verantwortung des Intellektuellen. Berlin 1989 (Kleine kulturwissenschaftliche Bibliothek, Bd. 20).

59 „Genie (...) erweist sich dort, wo etwas Ungeahntes erscheint, etwas wirklich gemacht wird, wovon man vorher keine Ahnung hatte; es bekundet sich in der Ermöglichung von etwas in seiner Art Neuem, das so nur durch Kraft und Reiz der Persönlichkeit haltbar, ja siegreich zu machen war.“ Thomas Mann, Rede über Lessing (1929), in: ders., GW IX, Reden und Aufsätze Bd. 1. Frankfurt am Main 1990 (zuerst ebd. 1960), S. 229–245, 235.

60 Selbstverständlich wäre es zudem sachlich unmöglich wie menschlich unerträglich, den Begriff hoher Begabung auf die von der Studienstiftung Ausgewählten beschränken zu wollen.

61 Vgl. dazu die Definitionen in Kap. V 1. Zur Abgrenzung von Begabung und Intelligenz aufschlußreich Wilhelm Seeberger, Die menschliche Intelligenz als Entwicklungsproblem. Darmstadt 1968, S. 106 ff.

62 So zum Beispiel beim Fall des Stipendiaten F.J., Kap. II 4.

63 Vgl. für den kultur- und bildungsgeschichtlichen Kontext Hartmut Boockmann, Wissen und Widerstand. Geschichte der deutschen Universität. Berlin 1999.

64 Die Behandlung dieses Spezialthemas muß Einzelarbeiten vorbehalten bleiben, welche sich mit der Organisation der lokalen Studentenwerke beschäftigen, deren Abteilung die alte Studienstiftung war.

Im Mittelpunkt des Interesses dieser Untersuchung und ihrer Fragestellungen steht die Studienstiftung als Ganzes: ihre Motivation, ihre Programmatik, ihre Auswahl- und Förderungspraxis. Die Leitfrage lautet: was verstand die Studienstiftung unter ‚Hochbegabung‘ und wie setzte sie ihr Verständnis von ‚Hochbegabung‘ in Auswahl und Förderung um?

Da im Text die Vertreter verschiedenster akademischer Fächer und Disziplinen im Zusammenhang mit der Studienstiftung von den 1920er Jahren bis in die Gegenwart Erwähnung finden, werden im Anmerkungsapparat, wo dies notwendig erschien, Basisinformationen zur Person und zum wissenschaftlichen Werdegang gegeben, die hinter der Vollständigkeit eines biographisch-bibliographischen Abrisses im Anhang einer Festschrift notwendigerweise zurückbleiben müssen: Ziel war hier nicht die erschöpfende Information, sondern eine Handreichung im Sinne des *Who is who* zur Einordnung in eine bestimmte Fakultät und ihre Wissenschaftskultur, zu der neben vielem anderen auch das Lehrer-Schüler-Verhältnis, die wichtigsten Berufungen und die bekanntesten oder wichtigsten Schriften gehören können. Ein kurzer chronologisch-thematischer Abriss im Anhang an den Textteil gibt in Tabellenform über die wesentlichen Linien der Geschichte der Studienstiftung 1925 bis 1933/34 und seit 1948 Auskunft, da in der Darstellung aus systematischen Gründen aufeinanderfolgende Ereignisse und Zusammenhänge bisweilen getrennt und auseinanderliegende zusammen behandelt werden mußten. Datenschutz und historisches Erkenntnisinteresse sind lebenspraktische Gegensätze. Der Verfasser hat, da für ihn auf der Grundlage einer Absprache mit dem Generalsekretär der Studienstiftung keinerlei Sperrklausel galt, sensible persönliche Daten wie Zeugnisse, Gutachten, aber schließlich auch persönliche Briefe und Semesterberichte vertraulich behandelt und sich hinsichtlich der Unterlagen des Auswahlverfahrens um die gebotene Diskretion bemüht. Dies gilt insbesondere für die Studienstiftungsakten nach 1948. Für die Zeit nach 1948 wird aufgrund freiwilliger Selbstbeschränkung nur aus bereits veröffentlichten, der Studienstiftung zu Forschungszwecken überlassenen oder solchen persönlichen Dokumenten zitiert, die dem Verfasser ausdrücklich zur Verwendung übergeben wurden oder die anderweitig allgemein zugänglich sind, auch wenn alle Akten ohne Einschränkung zur Einsicht frei waren. Diese Selbstbeschränkung mag man als Mangel an investigativem Ehrgeiz kritisieren: Der Verfasser ist jedenfalls der Ansicht, daß Vertrauen die Grundlage der Auswahl und Förderung ist und bleibt, und dies auch durch keine wissenschaftliche Untersuchung beschädigt werden darf. Verantwortung des Wissenschaftlers ist in der Zeitgeschichte angesichts lebender Zeitzeugen keine abstrakte, sondern höchstpersönliche Herausforderung.⁶⁵ Daher findet sich nicht alles Eingesehene in Belegfußnoten wieder.

Aufgrund der Fülle des archivalischen Materials, vor allem der Vollständigkeit des RSF-Bestandes im Würzburger Staatsarchiv und des Umfangs wissenschaftspolitischer Publizistik, sind anschließende Einzeluntersuchungen zu Fragen der Wissenschaftskultur der Zwischenkriegszeit, zur Großforschungsförderung⁶⁶ und, vor allem, zum Vergleich der Studienstiftung mit anderen wissenschaftsfördernden Institutionen wie zum Beispiel dem DAAD im Anschluß an diese Ar-

65 Vgl. z. B. Hubert Markl, Freiheit der Wissenschaft, Verantwortung der Forscher, in: Hans Lenk (Hg.), *Wissenschaft und Ethik*. Stuttgart 1991, S. 40–53.

66 Vgl. dazu vor allem die exemplarische Arbeit von Bernd-A. Rusinek, *Das Forschungszentrum. Eine Geschichte der KFA Jülich von ihrer Gründung bis 1980*. Frankfurt am Main/New York 1996 (zugl. Habil.-Schrift Düsseldorf 1993); Notker Hammerstein, *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur 1920 bis 1945*. München 1999.

beit geplant.⁶⁷ Wünschenswert erscheint gerade letzteres: die Bearbeitung der vergleichenden Perspektive der Professionalisierung des Wissenschaftsmanagements in Deutschland seit den 1920er Jahren, wenngleich es sich dabei um eine Themenstellung mit Projektcharakter handelt, die als Forschungsdesiderat der Wissenschaftsgeschichte über den Zusammenhang einer Studienstiftungsgeschichte hinausweist.

67 Vgl. DAAD (Hrsg.): *Spuren in die Zukunft. Der Deutsche Akademische Austauschdienst 1925–2000.* 3 Bde. Bonn 2000.

I Die deutschen Studenten und die Folgen des Ersten Weltkrieges

1. Die Not der Nachkriegszeit

„Die deutsche Hochschule den Besten der Jugend, allen Schichten des Volkes.“

Wahlspruch der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft, 1921.

„Talent, allgemein gesprochen, ist ein heikler, schwieriger Begriff, bei dem es sich weniger darum handelt, ob einer etwas kann, als darum, ob einer etwas ist (...)“ Thomas Mann, 1921.¹

Am Anfang war der Große Krieg. Die Gründung der Studienstiftung des deutschen Volkes im Jahr 1925 war eine Reaktion auf die extreme soziale Notlage derjenigen Vertreter der *lost generation* des Ersten Weltkrieges, die an die Universitäten im besiegten Reich zurückgefunden hatten. Doch die Studienstiftung war als eine soziale Hilfsorganisation für begabte und bedürftige Studenten nicht nur Reaktion auf die vor allem für den deutschen Mittelstand und seine an die Hochschulen strebenden Kinder verheerenden sozialen Folgen des Weltkrieges, sie war in erster Linie Ausdruck der direkten Aktion und Initiative einer studentischen Selbsthilfe, deren Geist von der nationsbildenden Erfahrung der ‚Frontgemeinschaft‘ geprägt war.² Die Geschichte der Studienstiftung ist von der Sozialgeschichte der deutschen Studentenschaft seit dem Ersten Weltkrieg nicht zu trennen.³ Die Studierenden verschiedener deutscher Universitäten, die 1918 und 1919 die ersten sozialen Einrichtungen für die Versorgung der notleidenden Kommilitonen schufen, gaben selbst den Anstoß für die Entwicklung der ‚Wirtschaftskörper‘, aus denen heraus wenige Jahre später, wiederum in Eigeninitiative der studentischen Selbstverwaltung in Verbin-

1 Thomas Mann, Goethe und Tolstoi (1921), in: ders., GW Bd. 9, Reden und Aufsätze 1. Frankfurt am Main 1990 (zuerst ebd. 1960), S. 58–73, 72.

2 Vgl. die Überhöhung dieser Erfahrung in: Kriegsbriefe gefallener Studenten. Hg. v. Philipp Witkop. München⁴ 1928 und die Zusammenfassung bei Konrad H. Jarausch, Deutsche Studenten 1800–1970. Frankfurt am Main 1984, S. 117–163; Barbara Feger, Hochbegabungsforschung und Hochbegabtenförderung. Die Situation in Deutschland zwischen 1916 und 1920, in: Empirische Pädagogik 2 (1988), S. 45–52.

3 Das gilt in hohem Maß auch für die Wissenschaftsgeschichte; vgl. Bernhard vom Brocke, Wissenschaft, Stadt und Region. Hochschul- und Wissenschaftspolitik als Mittel politischer Integration: das Beispiel Marburg an der Lahn 1866–1918, in: Horst Kant (Hg.), Fixpunkte. Wissenschaft in Stadt und Region. Festschrift für Hubert Laitko zum 60. Geburtstag. Berlin 1996, S. 54–98.

dung mit sozial engagierten Akademikern – und keineswegs auf staatliche Veranlassung – die Studienstiftung gegründet werden sollte. Das Entstehen der Studienstiftung des deutschen Volkes ist folglich nicht politik- und bildungsgeschichtlich von oben, durch die Betrachtung bildungspolitischer Konzepte und Entscheidungen im Kontext der Innenpolitik der Weimarer Republik zu erklären und zu verstehen. Am Anfang der ersten allgemeinen deutschen Organisation zur systematischen Identifizierung und Förderung von ‚Hochbegabten‘ stand die Massenerfahrung des Großen Krieges, der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts.⁴

Gegen Ende 1918, Anfang 1919 waren an zahlreichen deutschen Universitäten ‚Wirtschaftsämter‘ bei den Studentenausschüssen zur Linderung der dringendsten wirtschaftlichen Not der Studierenden gebildet worden.⁵ In diesen Wirtschaftskörpern oder Studentenhilfen, die lokal sehr unterschiedlich entwickelt waren,⁶ wirkten Studenten, Hochschullehrer und private Förderer in Eigeninitiative zusammen, um die sozialstudentische Fürsorge aufzubauen. Anders als die 1919 auf dem 1. Deutschen Studententag in Würzburg gegründete DSt⁷ sahen die zunächst nur lokal organisierten Wirtschaftskörper ihre Aufgabe nicht in der politischen Repräsentation der Studentenschaft.⁸ Dies war und blieb eine Quelle dauernder Konflikte⁹ bis zum politischen Sieg der von Anfang an stark national-völkischen und antisemitischen, durch die spektakulären Erfolge des NSDStB seit den späten 1920er Jahren, ab Juli 1931 dann endgültig nationalsozialistischen DSt-Leitung.

Dieser politische Sieg der nationalsozialistischen DSt fand seinen Ausdruck in dem gleichschaltungsbedingten, endgültigen Aufgehen beider Teile der studentischen Selbstverwaltung im

-
- 4 Ausführlich Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933. München³ 1992 (zuerst ebd. 1962), S. 93–111; Thomas Nipperdey, Die deutsche Studentenschaft in den ersten Jahren der Weimarer Republik, in: Kulturverwaltung der zwanziger Jahre: Alte Dokumente und neue Beiträge. Hg. v. Adolf Grimme. Stuttgart 1961, S. 18–48; Ulrich Linse, Studenten und Politik 1918–1939, in: AfS 17 (1977), S. 567–576.
 - 5 Einen Überblick vermittelt z. B. StA WÜ RSF I 00 p 155. Der Bestand enthält umfangreiche Materialien zur Geschichte der DSt.
 - 6 Führend im Ausbau von Wirtschaftskörpern waren die Universitäten Tübingen, München und die TU Dresden; zu Tübingen vgl. Manfred Schmid, Die Tübinger Studentenschaft nach dem Ersten Weltkrieg 1918–1923. Tübingen o.J.
 - 7 IfH-A WÜ: Allgemeiner Studententag Deutscher Hochschulen 1919. Tagungsbericht des Ersten Allgemeinen Studententages Deutscher Hochschulen in Würzburg vom 17.–19. Juli 1919. Göttingen 1920; Allgemeiner Studententag Deutscher Hochschulen 1919 Würzburg: Anlässlich einer Gedenkstunde an die vor 40 Jahren in Würzburg erfolgte Gründung der DSt am 18. Juli 1959 in Würzburg überreicht der VDS: Tagesordnung und Leitsätze des Ersten Allgemeinen Studententages. Würzburg 1959; Vorstand der DSt (Hg.), Die DSt in ihrem Werden, Wollen und Wirken. Berlin 1927; vgl. auch Wolfgang Zorn, Student Politics in the Weimar Republic, in: JCH 5 (1970), S. 128–143.
 - 8 Dazu Hans Sikorski, Wirken und Werke innerhalb der Deutschen Studentenschaft. Marburg 1925. Sikorski war Mitbegründer des Wirtschaftskörpers Marburg, 1921; im Verwaltungsrat der Wirtschaftshilfe, 1921; 1922 bis 1925 im Beirat, 1925 Vorstand, 1926–1933 Geschäftsführer.
 - 9 Zum Beispiel StA WÜ RSF I 60 p 446: Geheimrat Prof. Dr. Friedrich Carl Duisberg 1922 über die andauernden Konflikte zwischen politisierter DSt und pragmatisch orientierter WiHi der DSt: „Bei der praktischen Betrachtung ergibt sich, die WiHi der DSt soll der Allgemeinheit dienen ohne Rücksicht auf republikanische oder monarchische Gesinnung. Jeder soll teilhaben können.“

Reichsstudentenwerk ab 1934, einer zwangskorporativen Gliederung des NS-Staats.¹⁰ Zu den Arbeitsgebieten der örtlichen Wirtschaftskörper der Universitäten gehörte die Einrichtung und Unterhaltung von Mensen, die Vermittlung von Werkarbeit, die Krankenbetreuung und schließlich auch die über alltägliche Notwendigkeiten hinausgehende, längerfristige Studienunterstützung in Form von Sachbeihilfen, Darlehen und Stipendien zur Studienfinanzierung.

Herbert Krippendorff, Jahrgang 1900, von 1920 bis 1924 Maschinenbaustudent an der TH Dresden und später selbst führend im dortigen Studentenwerk, 1923/24 als ehrenamtlicher Geschäftsführer der Hochschul-Wirtschafts-Genossenschafts-GmbH engagiert, beschrieb die Aufbauphase der Wirtschaftskörper als Aufbruchzeit der Frontgeneration: „Der Weltkrieg war 1918 beendet, die Studenten, die in dieser Zeit Universitäten und Hochschulen besuchten, waren größtenteils durch den Krieg geprägt, die Kriegsteilnehmer hatten den Ehrgeiz, ihr Studium schnell abzuschließen und die durch den Krieg verlorenen Jahre aufzuholen. Dem stand aber die allgemeine Wirtschaftslage entgegen (...). So entstand der Gedanke der studentischen Selbsthilfe.“¹¹

Wie groß die Not war, die idealistische Freiwillige wie Krippendorff durch Selbsthilfe vor Ort zu bekämpfen versuchten, illustrierte ein Memorandum von Franz Holzwarth, zu diesem Zeitpunkt, Beginn des Wintersemesters 1922, Vorsitzender der DSt. Holzwarth belegte seine in einen dramatischen Appell „an die Akademiker der ganzen Welt“¹² mündende, düstere Bilanz, daß „Deutschlands akademische Jugend (...) vor ihrer Vernichtung (stehe)“,¹³ mit zahlreichen drastischen Beispielen studentischer Armut, unter anderem mit dem Zitat aus einer Notiz der Frankfurter Zeitung: „In einer mitteldeutschen Industriestadt sieht man abends in einem Restaurant einen jungen Invaliden, der Streichhölzer verkauft. (...) Nähere Erkundigungen ergeben, daß er den Verdienst seines Streichholzgeschäftes zum Studium in einer benachbarten Universitätsstadt gebraucht, wo sein Vater Professor ist. Täglich bringt ihn der Morgenzug (...) zur Universitätsstadt.“¹⁴

So dramatisch das klang, so berechtigt war Holzwarths Anliegen, die soziale Sprengkraft der weltkriegsbedingten, gewaltigen Belastung des Mittelstands in Deutschland ins Bewußtsein der politischen Entscheidungsträger zu bringen. Die studierenden Söhne aus bürgerlichen Verhältnissen, deren Eltern verarmt und die selbst im Krieg gewesen waren, seien, so Holzwarth, doppelte Verlierer, da sie nicht nur um den elterlichen Besitz, sondern auch um die Chance gebracht worden seien, ihr Studium zu Ende zu bringen und wirtschaftlich selbständig zu werden. Dies wiederum habe die Studienbedingungen an den deutschen Universitäten innerhalb kürzester Zeit radikal verändert: „Der Durchschnitt unserer Studenten begnügt sich seit 1919 mit dem fünften Teil dessen an Aufwendung für die täglichen Bedürfnisse an Nahrung, Kleidung und Wohnung,

10 Zusammenfassend Geoffrey J. Giles, *Students and National Socialism in Germany*. Princeton/NJ. 1985; zum NSDStB siehe Anselm Faust, *Der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund: Studenten und Nationalsozialismus in der Weimarer Republik*. 2 Bde. Düsseldorf 1973; aktueller und vor dem Hintergrund der Forschung seit den 1970er Jahren Michael Grüttner, *Studenten im Dritten Reich*. Paderborn u. a. 1995, S. 19–61.

11 Herbert Krippendorff, *Zur Arbeit der studentischen Selbsthilfe in den 20er Jahren*, in: *Festschrift 70 Jahre Deutsches Studentenwerk*. Hg. v. DSW. Bd. 1. Bonn 1993, S. 99–105, 100.

12 StA WÜ RSF I 60 192/1: Franz Holzwarth, *Die Notlage der akademischen Jugend in Deutschland*. Göttingen 1922, S. 4.

13 Ebd., S. 3.

14 Ebd., S. 4.

was ein 16jähriger ungelernter Arbeiter in derselben Zeit verbraucht.“¹⁵ Diese erhebliche Verschlechterung der studentischen Lebensbedingungen im Vergleich zur Vorkriegszeit habe auch durch die Solidarität der Kriegsheimkehrer nicht grundsätzlich abgewendet werden können, so daß die soziale Lage der deutschen Studentenschaft, zusätzlich verschärft durch die Inflation, katastrophal sei. Holzwarths Bericht gipfelte in einem Hinweis auf die politische Brisanz eines Umgangs mit Nachwuchsakademikern, denen jede Zukunftsperspektive genommen werde: „Ein zu Existenzlosigkeit verurteiltes akademisches Proletariat besiegelt den Untergang unseres schwer ringenden Vaterlandes.“¹⁶ Damit war ein Problem angesprochen, das die akademische Kultur der Weimarer Republik zutiefst prägen sollte: die Frage des politischen Selbstverständnisses deutscher Akademiker in einer von Nachkriegs- und Modernisierungskrisen und politischer Unübersichtlichkeit gezeichneten Übergangsgesellschaft.¹⁷

Unter solchen Bedingungen, wie Holzwarth sie schilderte, entstand ein neuer Studententyp mit auffällig selbstbewußten und radikalen Zügen. Leopold Dingröve versuchte sich in seiner 1931 erschienenen Schrift ‚Wo steht die junge Generation?‘ an einer rückblickenden Charakterisierung dieser so sehr auf sich selbst gestellten jungen Leute der ersten Nachkriegszeit:

„Auch die jüngeren Jahrgänge (...), also die heute 22–26jährigen, (...) haben doch, wenn auch nur wenige von ihnen noch mithandelnd am Krieg und der Revolution teilnahmen, dem Stahlhelm oder dem Bismarckbund angehört, haben in Winternächten Plakate für die Deutschnationale Volkspartei geklebt, mochte auch der streng national-liberal gesinnte Vater drohend zu Hause warten, oder haben in Dachkammern gesessen und Marx disputiert und haben den Verkehr mit ihrer wohlhabenden Familie aufgegeben, um ‚ins Volk zu gehen.‘ Diese Jahrgänge sind noch von der Universität oder von der Schule weggelaufen, um Oberschlesien zu beschützen, oder sie haben beim Kapp-Putsch auf beiden Seiten der Barrikade gestanden. Sie haben studiert, als es noch kein Studentenwerk und keine Studienstiftung des deutschen Volkes gab und sie in Elektrizitätswerken schliefen und von Brot und Äpfeln leben mußten. Sie haben Überstunden gemacht, während sie die Gewißheit hatten, daß ihr schmaler Lohn schon in der Stunde der Auszahlung zu einem Nichts zusammengeschrunpft sein würde.“¹⁸

Die hier beschriebenen Eigenschaften: Selbständigkeit, Idealismus, Durchhaltevermögen, mochte man 1920 als direkte Anwendungsbeispiele derjenigen nationaldominanten Charaktermerkmale verstehen, die Oswald Spengler ‚Preußentum und Sozialismus‘ genannt und zum nationalen Vorbild in der Identitätskrise Deutschlands und der Deutschen nach dem verlorenen Krieg

15 Ebd., S. 3.

16 Ebd., S. 4.

17 Vgl. für die Ebene der Spitzenwissenschaftler Gabriele Metzler, ‚Welch ein deutscher Sieg!‘ Die Nobelpreise von 1919 im Spannungsfeld von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft, in: VZG 44 (1996), S. 173–200. Für die Studentenschaft formulierte der Studienstiftungsleiter Paeckelmann das Problem: ZZBW-A: Aktenbestand Haerten, III 1–3/1927: Wolfgang Paeckelmann, Vortrag ohne Titel, 1927 (Studienstiftungspräsentation): „Man muss einmal die bitteren Enttäuschungen eines begabten, willensstarken, schaffensfrohen Arbeitsstudenten selbst erlebt haben (...). Es würde weit den Rahmen (...) überschreiten, alle die hierher gehörenden Erfahrungen zu besprechen, welche mir meine Tätigkeit in der Studienstiftung verschafften. Ich kann sie nur dahin zusammenfassen, dass nicht nur die ‚praktischen‘ Menschen es sind, die darunter (unter der Verschulung und Entfremdung im Studium, d. Verf.) leiden, sondern gerade die ‚wissenschaftlichen‘ (...).“

18 Leopold Dingröve, Wo steht die junge Generation? Jena 1931 (Schriften der ‚Tat‘), S. 18. Den Hinweis auf dieses Zitat verdanke ich Herrn Prof. Dr. Bernd-A. Rusinek, Universität Düsseldorf.

erhoben hatte:¹⁹ „Preußentum ist ein Lebensgefühl, ein Instinkt, ein Nichtanderskönnen; es ist ein Inbegriff von seelischen, geistigen und deshalb zuletzt doch auch leiblichen Eigenschaften, die längst Merkmale einer Rasse geworden sind, und zwar der besten und bezeichnendsten Exemplare dieser Rasse.“²⁰

Dies war trotz aller begrifflichen Wolkigkeit eine sehr realitätsnahe praktische Definition von nationaler Elitenrekrutierung. Denn der neue, lebensbewährte Studententypus der Nachkriegszeit verkörperte diese ‚in Stahlgewittern‘ gehärtete, noch preußisch gedrillte, aber ‚volksgemeinschaftlich‘ orientierte nationale Elite geradezu exemplarisch.²¹ Auf die Universitäten kamen mit diesen harten jungen Männern schwierige Zeiten zu, wie Max Weber in einem Vortrag 1919 voraussah: „Heute ist die Empfindung der Jugend wohl eher die (...): Die Gedankengebilde der Wissenschaft sind ein hinterweltliches Reich von künstlichen Abstraktionen, die mit ihren dürren Händen Blut und Saft des wirklichen Lebens einzufangen trachten, ohne es doch je zu erhaschen.“²² Wissenschaft und Leben, das zeigte Weber, gerieten hier in einen problematischen Gegensatz, der die Wissenschaft und ihre Vertreter unter Rechtfertigungsdruck setzte. Das liberale bürgerliche Zeitalter, Ausdruck und Inbegriff des langen 19. Jahrhunderts, ging auch in der Wissenschaft unwiderruflich zu Ende.²³

Die gemeinschaftsorientierte studentische Wirtschafts- und Sozialarbeit, die praktische Seite des von der DSt verkörperten ‚Studentenstaats‘, erschien nun als ein Bereich studentischer Selbstverwaltung, in dem die weltkriegsbedingte ‚Neuromantik wie einst im Sturm und Drang‘, von der Ernst Troeltsch distanziert sprach,²⁴ wirkungsvoll aufgehen könne, ging es doch hier um drän-

19 Grundlegend als Überblick Thomas Rohkrämer, *Eine andere Moderne? Zivilisationskritik, Natur und Technik in Deutschland, 1880–1933*. Paderborn 1999. Zu Spengler S. 285 ff.

20 Oswald Spengler, *Preußentum und Sozialismus*. München 1920, S. 29. Oswald Spengler (1880–1936), 1908–1911 Gymnasiallehrer in Hamburg, dann als freier Schriftsteller in München. 1918–1922 erschien das Hauptwerk ‚Der Untergang des Abendlandes‘; vgl. auch Gustav Steinböhrer, *Von der Idee des Preußentums*, in: ders., *Abtrünnige Bildung. Interregnum und Forderung*. Heidelberg 1929, S. 42–53.

21 „Die glänzendste politisch-soziale Schulung der Studentenschaft und der Akademikerschaft bedeutet nichts, wenn nicht gleichzeitig die Erziehung zur Volksgenossenschaft ehrlichst und überzeugt durchgeführt wird.“; „Wir wollen ein neues Studententum, das mit seinem Volke Hand in Hand geht. Bei uns selber soll die Reform anfangen.“ Aus der Rede Dr. Carl Sonnenscheins auf dem Ersten Deutschen Studententag in Würzburg, Juli 1919, in: *Studentenwerk* 3 (1929), S. 109 f.

22 Max Weber, *Wissenschaft als Beruf*. Vortrag vor dem Freistudentischen Bund, 1919, in: *Max Weber-Gesamtausgabe*. Abt. 1: *Schriften und Reden*, Bd. 17. Hg. v. Wolfgang J. Mommsen, Wolfgang Schluchter. Tübingen 1992, S. 71–111, S. 89.

23 Grundlegend für die mentalitätsgeschichtlichen Hintergründe deutscher Elitensozialisation seit dem Wilhelminismus Fritz Stern, *Kulturpessimismus als politische Gefahr. Eine Analyse nationaler Ideologie in Deutschland*. Bern u. a. 1963. In Westeuropa gab es den Typus des ‚idealistischen‘, engagierten Studenten auch, aber gerade ohne den für Deutschland so prägenden Hintergrund der ‚deutschen Ideologie‘: vgl. z. B. Rolf-Ulrich Kunze, Willem Adolph Visser’t Hooft, in: *TRE*, im Druck.

24 Ernst Troeltsch, *Die Revolution in der Wissenschaft*, in: *Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft* 45 (1921), S. 1001–1030, 1007. Ernst Troeltsch (1865–1923); ab 1892 Prof. für evang. syst. Theologie in Bonn, ab 1894 in Heidelberg, ab 1910 auch für Philosophie, ab 1915 Prof. für Philosophie in Berlin, 1918 Mitgründer der DDP, 1919–1921 als Unterstaatssekretär für Fragen der evang. Kirche im Preußischen Ministerium für Erziehung und Unterricht.

gende Probleme, die nahezu jeden Studenten an einer deutschen Universität betrafen. Herbert Krippendorff betonte in seinen Dresdner Erinnerungen, daß es „kennzeichnend für die Haltung der Studenten war, daß wir immer freiwillige Hilfe von Kommilitonen bekamen, wenn wir sie brauchten (...), hier hatte die bittere Kriegs- und Nachkriegszeit eine erfreuliche Haltung des Einzelnen für die Gemeinschaft mit sich gebracht.“²⁵

Doch auch der große Idealismus der studentischen Solidarität bedurfte der Form. Einen ersten Schritt zur Institutionalisierung der lokalen wirtschaftlichen Selbsthilfe in Eigenregie der Wirtschaftskörper bedeutete die Gründung der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft am 19.2.1921, die am 7. April 1921 in das Vereinsregister Tübingen aufgenommen wurde. Getragen wurde diese Einrichtung nicht allein von den Vertretern der Studentenschaft, sondern auch von Universitätsprofessoren und Förderern wie dem I.G.-Farben Mitgründer Geheimrat Prof. Dr. Carl Duisberg.²⁶

Die in wesentlichen Zügen von dem DSt-Vorsitzenden der Jahre 1920 und 1921, Peter van Aubel,²⁷ konzipierte Satzung des Vereins, welche noch für die Neugründung der Studienstiftung 1948 Modellcharakter haben sollte, sah folgenden Vereinszweck vor:

„1. Die ‚Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft‘ vertritt im Auftrage der Deutschen Studentenschaft als wirtschaftliche Spitzenorganisation die Wirtschaftsinteressen der gesamten deutschen Studentenschaft, führt alle hieraus nötig werdenden Verhandlungen mit den Behörden und mit Zentralverbänden und vertritt die studentischen Wirtschaftsfragen in der Öffentlichkeit und der Presse des In- und Auslandes; sie stellt die Verbindung mit den großen Wohlfahrtsorganisationen dar.

2. Wirtschaftliche Maßnahmen der Deutschen Studentenschaft, die einheitlich durchgeführt werden sollen, bereitet sie vor und schafft die dafür notwendigen Einrichtungen. Sie unterstützt die Wirtschaftskörper der einzelnen Hochschulen in ihrer Arbeit, ohne auf ihr Tätigkeitsgebiet selbst überzugreifen. Ferner bemüht sie sich, die zentral benötigten Geldmittel zu beschaffen und die örtlichen Sammlungen in jeder Weise zu unterstützen.

3. Sie bearbeitet das Gebiet der studentischen Wirtschaftsfragen wissenschaftlich, legt die gemeinsamen Erfahrungen fest und sorgt für den Erfahrungsaustausch.

4. Bei ihren gesamten Arbeiten hat sie völlige Neutralität in politischen, konfessionellen oder weltanschaulichen Fragen zu wahren und jeden von innen oder außen kommenden Versuch einer Verletzung dieses Grundsatzes mit allen Mitteln zurückzuweisen.“²⁸

25 Herbert Krippendorff, Zur Arbeit der studentischen Selbsthilfe in den 20er Jahren, in: Festschrift 70 Jahre DSW, Bd. 1, S. 101.

26 Geheimrat Prof. Dr. Dr. Friedrich Carl Duisberg (1861–1935), seit 1884 bei den Farbenfabriken Bayer in Elberfeld, ab 1912 Generaldirektor des Unternehmens in Wiesdorf (heute zu Leverkusen), Mitgründer der I.G. Farbenindustrie AG 1925, Vorsitz in Verwaltungs- und Aufsichtsrat, ab 1921 Verwaltungsrat der Wirtschaftshilfe, seit 1922 Vorstand, Vorstand der Darlehnskasse der WiHi der DSt ab 1922; vgl. Hans-Joachim Flechtner, Carl Duisberg. Vom Chemiker zum Wirtschaftsführer. Düsseldorf 1959.

27 Zu Peter van Aubel (1894–1964), der bei der Neugründung der Studienstiftung 1948 eine tragende Rolle spielte, vgl. Kapitel IV 1; Robert Tillmanns (Hg.), Ordnung als Ziel. Peter van Aubel zu seinem 60. Geburtstag am 5. Juni 1954. Stuttgart 1954; Rüdiger R. Beer, Peter van Aubel. Stuttgart 1964. Sonderdruck Der Städtetag 6 (1964).

28 Satzung der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft, Tübingen, 19.2.1921, in: Festschrift 70 Jahre DSW, Bd. 1, S. 83 f.

Dieses umfangreiche soziale Programm, das der 2. Deutsche Studententag vom 22.–24. Mai 1921 in Halle an der Saale bestätigte, ging über die finanziellen Möglichkeiten der studentischen Selbsthilfe weit hinaus und zeichnete den Weg vor für eine umfassende staatliche Bezuschussung, aus der ab 1924 ein ständiger Titel im Haushaltsplan des Reiches werden sollte. Aus der Selbstverwaltung wurde so nach und nach eine Agentur des Sozialstaates²⁹ – ein nicht unwesentlicher Gesichtspunkt für die Beurteilung der gleichwohl geringen Akzeptanz der Demokratie von Weimar durch den akademischen Nachwuchs.

Zunächst standen jedoch organisatorische Fragen im Vordergrund. Eine Tagung in Dresden Anfang März 1921 diente zur Koordination der Arbeit der sozialen Hilfsorganisationen vom Caritas-Verband über das Zentral-Komitee des Roten Kreuzes bis zu den bereits vorbildlich organisierten Wirtschaftskörpern einzelner Universitäten wie Göttingen, Tübingen, München und Dresden.

Der Tübinger Wirtschaftskörper entstand unter dem Namen ‚Tübinger Studentenhilfe‘ auf Betreiben von Theodor Pfizer und eines sozialstudentisch engagierten Kreises um Robert Tillmanns,³⁰ Rudolf Smend,³¹ Walther Gerlach,³² Hans Hartenstein, Wilhelm Hoffmann, der Ende der 1920er Jahre die Studienstiftung leiten sollte, und Berthold Graf von Stauffenberg³³.

29 Vgl. zum Verstaatlichungs- und Bürokratisierungsaspekt der ‚Wohlfahrtspflege‘ in den 1920er Jahren Jürgen Reulecke, *Vorgeschichte und Entstehung des Sozialstaats in Deutschland bis ca. 1930. Ein Überblick*, in: Jochen-Christoph Kaiser, Martin Greschat (Hg.), *Sozialer Protestantismus und Sozialstaat. Diakonie und Wohlfahrtspflege in Deutschland 1890 bis 1938*. Stuttgart 1996, S. 57–71.

30 Er war 1920 Mitbegründer des Tübinger Wirtschaftskörpers; 1921 im Verwaltungsrat der Wirtschaftshilfe; 1921–1930 Geschäftsführer.

31 1882–1975; Staats- und Kirchenrechtler; Prof. in Greifswald, Tübingen, Bonn, Berlin und, seit 1935, Göttingen. Sohn des evang. Theologen Rudolf Smend d.Ä. (1851–1913).

32 1889–1979; Physiker, 1921–1924 Prof. in Frankfurt am Main, Tübingen, seit 1929 in München; u.a. Arbeiten über quantitative Spektralanalyse und den Zusammenhang zwischen Atombau und Magnetismus.

33 Vgl. Peter Hoffmann, *Claus Schenk Graf von Stauffenberg und seine Brüder*. Stuttgart 1992, u.a. S. 41–43, 46 f. Berthold Graf Schenk von Stauffenberg (1905–1944, hingerichtet); Bruder von Claus Graf Schenk von Stauffenberg; Völkerrechtler, Marine-Oberstabsrichter beim Oberkommando der Marine. Schon früh im Kreisauer Kreis, enge Zusammenarbeit mit seinem Bruder Claus bei der Vorbereitung des 20. Juni 1944. Nach dem Scheitern des Attentats vom Volksgerichtshof zum Tode verurteilt und am selben Tag hingerichtet.

Der 1904 geborene Jurist und spätere bekannte württembergische Kommunalpolitiker Pfizer wirkte ab 1925 im Studienstiftungsausschuß der Tübinger Studentenhilfe und seit den 1950er Jahren in verschiedenen Gremien der wiedererrichteten Studienstiftung.³⁴

Nicht ein traditioneller Universitätsort, sondern Dresden wurde zum Sitz der Wirtschaftshilfe der DSt. Ein wesentlicher Grund dafür war „das Anlehnungsbedürfnis an eine gutarbeitende Organisation“³⁵: gemeint war die Studentenhilfe an der moderne Technischen Hochschule Dresden. Die dort abgehaltene Tagung vom März 1921 vermittelte eine gute Übersicht zur Arbeitsweise der Studentenhilfen sowie zu den Arbeitsschwerpunkten der verschiedenen Hilfsträger:

„Prof. Hegler (Tübinger Studentenhilfe)³⁶ gibt einen Überblick über die Tübinger, den Typus studentischer Selbstverwaltung darstellenden Einrichtungen. (...) Die Einzelarbeit wird grundsätzlich von Studierenden geleistet, die auch allein den Verkehr mit den Studenten ausüben. Die Leiter sind in allen Fällen Studenten, denen ein aus Kommilitonen und Altfreunden gemischtes Kollegium zur Seite steht. Studentenspeisung, Studentenheim, Berufs- und Studienberatung, Arbeitsvermittlung, eigene Werkstätten arbeiten bereits mit gutem Erfolg. Der Grundgedanke (...) ist: eigener Nebenerwerb neben Studium auf Grund einer vollendeten Ausbildung in einem praktischen Berufe und daraus abgeleitete Möglichkeit, alle Einzelfürsorge abzubauen.“³⁷

Ferner ging es um Fragen der Wirtschaftlichkeit, der Zentralisierung und des Selbstverständnisses: „Aber es ist der Wunsch und die gerechte Forderung der DSt, vor allem auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Notlage Selbst- und Mitverwaltung zu erhalten. Dieses ist um so notwendiger, um in jedem Falle auch das geringste Gefühl einer Beschämung zu vermeiden.“³⁸ Einigkeit be-

34 Theodor Paul Pfizer (1904–1992); nach dem Studium der Rechtswissenschaften und der Volkswirtschaft in Tübingen, München und Berlin trat Pfizer als Assessor in die Reichsbahnverwaltung ein. Zuletzt war er Abteilungsleiter der Reichsbahndirektion Stuttgart; seit 1946 Ministerialrat im Verkehrsministerium von Württemberg-Baden; 1948–1972 Oberbürgermeister von Ulm; förderte u.a. die Hochschule für Gestaltung und Gründung der Universität Ulm. Pfizer wurde 1978 der Professorentitel verliehen. Vgl. vor allem die Memoiren Theodor Pfizer, *Im Schatten der Zeit, 1904–1948*. Stuttgart 1979; ders. (Hg.), *Baden-Württemberg: Staat, Wirtschaft, Kultur*. Stuttgart 1963; ders. (Hg.), *Bürger im Staat. Politische Bildung im Wandel*. Stuttgart 1971; ders., *Reden und Aufsätze zur Kultur- und Kommunalpolitik aus den Jahren 1950–1979*. Hg. v. Hans Eugen Specker. Stuttgart 1984. Theodor Pfizer verkörperte durch seinen außerordentlichen Einsatz als südwestdeutsch-liberaler Bildungs- und Kommunalpolitiker die alte und die neue Studienstiftung und stand somit für die über die Zeit des nationalsozialistischen Deutschland zwischen 1933 und 1945 andauernde Kontinuität sozialen Verantwortungsbewußtseins und zivilgesellschaftlicher Selbsthilfe aus dem Geist eines selbstbewußten ‚Bürgerhumanismus‘. Das erklärt auch die Entscheidung der Studienstiftung aus dem Jahr 1986, einer Sonderstiftung, deren Aufgabe die Förderung ungewöhnlicher wissenschaftlicher Vorhaben von Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern ist, seinen Namen zu geben; vgl. dazu Hartmut Rahn, *Theodor Pfizer 1904–1992*, in: *Studienstiftung Jahresbericht 1992*. Hg. v. StSt. Bonn 1993, S. 6–9.

35 StA WÜ RSF I 60 192/2: Wirtschaftshilfe der DSt, Niederschrift über die Dresdner Tagung der von der DSt geladenen Organisationen, die auf dem Gebiete studentischer Wirtschaftshilfe tätig sind, im Sitzungszimmer des Rektorates der Technischen Hochschule Dresden, am 4. März 1921, S. 2 f. Liste der Organisationen: S. 11.

36 Gemeint ist der Tübinger Jurist August Hegler; vgl. ders. (Hg.), *Reden anlässlich der Rektoratsübergabe am 3. Mai 1923 im Festsaal der neuen Aula*. Tübingen 1923.

37 StA WÜ RSF I 60 p 192/2: WiHi der DSt, Niederschrift über die Dresdner Tagung., S. 7.

38 Ebd., S. 8 (Fritz Beck, Studentenhaus München).

stand zwischen allen Vertretern, die Wirtschaftsarbeit grundsätzlich auf dem Prinzip der Mitbestimmung, aber formal unter dem organisatorischen Dach der DSt aufzubauen. Reichskanzler a.D. Georg Michaelis,³⁹ der die Europäische Studentenhilfe des christlichen Studentenweltbundes auf der Dresdner Tagung vertrat, hob abschließend hervor, „die Arbeit am Studenten sei im gegenwärtigen Augenblick um so höher einzuschätzen, als durch sie eine Hebung des ganzen deutschen Volkes erreicht werden kann. Das offene Auge für die Wirklichkeit und die Begeisterungsfähigkeit stelle den Studenten unbedingt über die ältere Generation.“⁴⁰

Am 16. März 1921 informierte die provisorisch in Göttingen eingerichtete Hauptgeschäftsstelle der DSt in Verbindung mit dem Vorstand der Wirtschaftshilfe in einem Rundschreiben an die Universitäten über die Neugründung. Wiederum betonte man das Bemühen um eine „zentrale (...) Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Maßnahmen zur Behebung der Notlage, wobei der bewährte Grundsatz der Selbst- und Mitverwaltung von vornherein eine Behinderung der bewährten örtlichen Organisationen ausschließ(e).“⁴¹

Die nach Wirtschaftlichkeitskriterien arbeitende Zentrale der Wirtschaftshilfe in Dresden sei als das Wirtschafts-Ressort der DSt gedacht, das unter einem Verwaltungsrat aus Studenten, Dozenten und Förderern arbeiten solle. Der Verwaltungsrat ernenne einen Vorstand; der Geschäftsführer des Vereins werde von der DSt gewählt. Zur Zusammenarbeit mit der Europäischen Studentenhilfe des Christlichen Studentenweltbundes,⁴² vertreten durch Reichskanzler a.D. Michaelis, habe man Richtlinien gemeinsamen Handelns ausgearbeitet:

- „A. 1. Die Hilfe wird ohne Rücksicht auf Rasse und Geschlecht, Konfession und politische Parteilichkeit gewährt.
- 2. Die bedürftigsten Studenten sind in erster Linie zu berücksichtigen.
- 3. Auch in den Zentral- und Ortsausschüssen muß grundsätzlich die Studentenschaft vertreten sein. (...)
- B. (...) Es muß nach geschäftsmäßigen (...) Grundsätzen gearbeitet werden, insbesondere ist daran festzuhalten,
 - a) daß die Studenten für die ihnen gemachten Zuwendungen, Speisung, Bekleidung usw. nach dem Maße ihrer Kräfte zahlen und nur insoweit beschenkt werden, als es ihre Vermögenslage erfordert.

39 1857–1936; 1909 Unterstaatssekretär im Preuß. Finanzministerium, 1915 Leiter der Reichsgetreidestelle, 1917 Preuß. Staatskommissar für Volksernährung; als Nachfolger Theobald von Bethmann Hollwegs vom 14.7. bis 31.10.1917 Reichskanzler und Preuß. Ministerpräsident, 1918/1919 Oberpräsident von Pommern, dann in der evang. Gemeinschaftsbewegung tätig; Michaelis war 1921 im Verwaltungsrat der Wirtschaftshilfe, seit 1922 im Vorstand der Darlehnskasse der WiHi der DSt; 1923 war er Begründer des Wirtschaftskörpers Berlin; vgl. Georg Michaelis, Für Staat und Volk. Eine Lebensgeschichte. Berlin 1922.

40. StA WÜ RSF I 60 192/2: WiHi der DSt, Niederschrift über die Dresdner Tagung, S. 12.

41 StA WÜ RSF I 60 192/2: DSt, Hauptgeschäftsstelle Göttingen, Wirtschaftshilfe der DSt (u. a. gez. Prof. Dr. iur. Wilhelm von Blume, Tübingen, Fritz Beck, München, cand. ing. Karl Schwabach, Berlin) Dresden, An die Rektorate und Studentenschaften der deutschen Hochschulen, Göttingen, 16.3.1921, S. 1.

42 Vgl. Ruth Rouse, The World's Student Christian Federation. A History of the first 30 years. London 1948.

- b) (...) Keine der beteiligten Organisationen darf aus der Geschäftsgebarung Vorteile ziehen, welche nicht als Ersatz entstandener Unkosten (...) erwachsen sind.“⁴³

Daß dem guten Willen und dem uneigennütigen Idealismus sachliche und finanzielle Grenzen gesetzt waren, zeigte sich in den anschließenden ‚Richtlinien des Vereins für Wirtschaftshilfe der DSt für die Zusammenarbeit mit den örtlichen Studentenschaften‘. Sie setzten verbindliche Maßstäbe der Professionalisierung, welche die Betreiber der Studentenhilfen auf Effizienz, Kontinuität und Qualität verpflichten; die Anstellung eines Geschäftsführers sei anzustreben; Ankauf, Verarbeitung und Ausgabe von Lebensmitteln, die Verwertung von Kleidungsstücken etc., „erforder(n) die volle Arbeitskraft von geschickten, tüchtigen Persönlichkeiten und außer idealer Hingabe an die gemeinsame Sache fachkundige Kleinarbeit.“⁴⁴

Diese Richtlinien, die zugleich mehrere neue Berufsbilder in der sozialstudentischen Arbeit von der Mensa-Verwaltung bis zum sozialstudentischen Manager bei den Wirtschaftskörpern beschrieben, bildeten die praktische Grundlage des sogenannten ‚Erlanger Programms‘,⁴⁵ das auf dem 4. Deutschen Studententag vom 1. bis 4. Juli 1921 in Erlangen verabschiedet wurde und sich hauptsächlich mit wirtschaftlichen und sozialen Belangen befaßte.⁴⁶ Das Programm, das der Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftshilfe, Dr. Reinhold Schairer,⁴⁷ wie schon die ‚Richtlinien‘

43 StA WÜ RSF I 60 192/2: DSt/WiHi an die Rektorate und Studentenschaften., S. 2 f.

44 Ebd., S. 4.

45 Die Erlanger Studentenschaft nach 1918 galt als ‚national zuverlässig‘, da sie sich während des Bürgerkriegs in Bayern 1918/19 geschlossen den rechten Freikorps zur Verfügung gestellt hatte; vgl. dazu Manfred Franze, Die Erlanger Studentenschaft 1918–1945. Würzburg 1972.

46 ZZBW-A: Aktenbestand Haerten, I 1921–25: Vierter Deutscher Studententag, 1.–4 Juli 1921 in Erlangen. WiHi der DSt, Ziele und Richtlinien. Wiedergabe aus den Tagungs-Drucksachen; im Druck erschienen: WiHi der DSt, Wirtschaftsplan, Arbeitsgruppen. Erlangen o.J. (1921); vgl. K.H. Jarausch, Deutsche Studenten 1800–1970, S. 121.

47 Reinhold Schairer, 1887–1971; Studium der Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen, Genf, Berlin; Dr. iur. 1914; als Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes Leiter des deutschen Sonderausschusses für Kriegsgefangenenhilfe unter Vorsitz des Deutschen Gesandten Graf Brockdorff-Rantzau 1915 bis 1920 in Kopenhagen; 1919 in der deutschen Delegation in Versailles; 1921–1933 Hauptgeschäftsführer der WiHi/des DSt; zusammen mit Dr. Hans Sikorski am 12.6.1933 auf Druck des NSDStB entlassen; 1933–1934 in u. a. Skandinavien; 1934 Emigration nach Großbritannien, 1935–1940 Mitglied des Lehrkörpers der University of London; 1937–1940 Verbindungsmann Carl Goerdelers; 1940–1942 Rockefeller Research Scholar; 1943–1947 Visiting Professor an der New York University; 1949 Erziehungssachverständiger der US-High Commission; 1950–1954 Mitglied der Deutschen Mission bei der Marshallplanverwaltung in Washington, D.C.; Rückkehr nach Deutschland und Übernahme der Leitung des Deutschen Instituts für Talentforschung in Köln; Mitwirkung bei der Gründung der Carl-Duisberg-Gesellschaft und der Stiftung Volkswagenwerk. Biographie in: Bernhard vom Brocke (Hg.), Hochschulpolitik in Föderalismus und Diktatur. Die Protokolle der Hochschulkonferenz der deutschen Länder, Österreichs und des Reichs. Bd. II: 1919 bis 1941. Teil 2: Anhänge. (Im Druck). Ich danke Herrn Prof. Dr. Bernhard vom Brocke, Kassel, für die Überlassung der Fahnen.

in wesentlichen Zügen konzipiert hatte,⁴⁸ formulierte erstmals programmatische Vorstellungen der DSt zur Frage, welche Rolle der wirtschafts- und sozialstudentischen Arbeit in der „Werkgemeinschaft zur Sicherung des jetzigen und späteren Lebens der Studentenschaft“ zukomme.⁴⁹ Die Wirtschaftshilfe wurde als Antwort der Studentenschaft auf die Verschlechterung der Lebensbedingungen, zugleich aber als „das sichtbare Zeichen des Willens, an der Rettung Deutschlands mitzuarbeiten“,⁵⁰ verstanden. Dieser Idealismus der sozialen und nationalen Solidarität stand über den einzelnen wirtschaftlichen Nöten: „Das Entscheidende sind nie Satzungen oder Geldmittel, sondern Menschen.“⁵¹ Auf der praktischen Ebene wurde die Subsidiarität zum Prinzip erklärt: Hilfe zur Selbsthilfe auf Anforderung und von Fall zu Fall, volle Fürsorge lediglich für Kranke, Kriegsteilnehmer und Prüfungskandidaten, die ihr Studium beenden müssen. Alle anderen Studenten kämen nur dann in den Genuß einer Unterstützung durch die Wirtschaftshilfe, wenn ihre Möglichkeiten zur Selbsthilfe erschöpft und sie zur aktiven Mitarbeit in der studentischen Solidargemeinschaft nach ihrem Vermögen bereit seien.

Der Hauptakzent des Erlanger Programms war in der Formulierung des Konzepts vom Werkstudenten zu sehen.⁵² Dieses Konzept verstand sich nicht nur als theoretischer Überbau einer Reaktion auf soziale Not – während der Hyperinflation 1923 stieg der Anteil der neben dem Studium arbeitenden Studenten auf 53% gegenüber 10% im Jahr 1920⁵³ –, sondern als ein Versuch aktiver Mitgestaltung über die Grenzen der Hochschulpolitik hinaus. Der Werkstudent entsprach exakt dem neuen studentischen Typus der Nachkriegszeit. Der werktätige Student – und das hieß nicht mehr nur der Nachhilfestunden erteilende und im Büro aushelfende Akademiker, sondern der zum Teil körperliche Schwerstarbeit in der Industrie und Landwirtschaft leistende Arbeiter-Student – erwerbe nicht allein „Handfähigkeit“, sondern ändere auch sein Bewußtsein: Er „erlebt die Wirtschaft, die kann von ihm fürderhin nicht mehr angesehen werden als ‚couleur- und offiziersunfähiges‘ Krämerhandwerk. Er wird in ihr erblicken ein Werk, das zu seiner Vollendung aller Energien bedarf, der Befruchtung durch die stärksten inneren Erlebnisse geistiger, religiöser, künstlerischer Art, damit aus ihr geschaffen werde die neue Wirtschaft, die höchste Kunstform.“⁵⁴

48 StSt-A Bonn: Robert Ulich, Erich Wohlfahrt, Zur Bildungssoziologie des akademischen Nachwuchses in Deutschland. Zusammenhänge zwischen Herkunft, Schulvorbildung und Studium, nachgewiesen an den Mitgliedern der Studienstiftung des Deutschen Volkes 1925–1933. O.O., o.J. (1933), unveröffentlicht, S. 21; HH-A: H. Haerten, Studienstiftung, S. 49: „Schairer sagte genau das, was der Studententag hören wollte, und sagte es, trotz oder wegen der krausen Diktion, vermutlich genau so, wie er es hören wollte. (...) Dazu kam die Heroisierung des Werkstudenten, die aus der Not eine Tugend machte. Da wird ein ‚Neu-Heidelberg‘ geschaffen, dem Studenten ein neues Standesethos gegeben. Schairers große Stunde. Er wendete den Niedergang des Bürgertums revolutionär ins Positive. Wer jene Jahre nicht erlebt hat, wird schwer begreifen, wie revolutionär das war.“

49 Erlanger Programm, in: Festschrift 70 Jahre DSW. Bd. 2. Hg. v. DSW. Bonn 1993, S. 1–3, 1.

50 Ebd.

51 Ebd.

52 Vgl. dazu Johann Hermann Mitgau, Erlebnisse und Erfahrungen Heidelberger Werkstudenten. Eine Sammlung von Berichten. Heidelberg 1925. Dr. J.-H. Mitgau war Leiter der Studentenhilfe Heidelberg und im Vorstand der Wirtschaftshilfe tätig; vgl. zur Werkarbeit auch Michael H. Kater, The Work Student: A Socio-Economic Phenomenon of Early Weimar Germany, in: JCH 10 (1975), S. 71–94.

53 K.H. Jarausch, Deutsche Studenten 1800–1970, S. 143 f.

54 Erlanger Programm, S. 2.

Hier kündigte sich in pathetischer, quasi-religiöser Sprache ein enormer sozialgeschichtlicher Modernisierungsschub an. Gerade aufgrund der neuen Sozialisierung eines erheblichen Teils der Studentenschaft durch Integration in die Arbeitswelt veränderte sich das studentische Selbstverständnis. Aus dem Studenten als ewigem ‚Mulus‘, einer ganz notwendig und vor allem in sozialer Hinsicht vorläufigen Übergangsexistenz mit der Chance zur Bewährung und zum Scheitern, wurde durch die ungewohnte Berührung mit der harten, proletarischen Realität der Arbeitswelt der Eliteangehörige im Wartestand. Dieser elitäre, wenn auch ‚volksgemeinschaftlich‘ verbrämte Wandel im Selbstbild war eine mögliche Antwort auf die Proletarisierungskrise der Studentenschaft und die mit der Verringerung der sozialen Distanz zwischen Student und Arbeiter, zwischen akademischer Welt und Arbeitswelt, einhergehende Infragestellung des traditionellen, letztlich alteuropäisch-ständischen Bilds vom Akademiker als einsamem Gelehrten. Das Verschwinden traditioneller Klassen-Distanz im neuen sozialen Raum der Post-Klassengesellschaft erzeugte neue Identitäten und damit neue Distanzen, indem das Verhältnis von symbolischem und sozialem Kapital neu geordnet wurde.

Dies war nicht nur der Anfang vom Ende der traditionellen Gelehrtenrepublik im ‚akademischen Deutschland‘. Es ging um eine in allen Industriegesellschaften der Zwischenkriegszeit zu beobachtende Entwicklung des Übergangs von der Klassengesellschaft der Industriellen Revolution zu neuen sozialen Topographien.⁵⁵ In ihnen stellte Bildung, auch Hochschulbildung, nicht mehr ein wie zuvor streng restriktiv reguliertes soziales Privileg mehr dar – und es existierte aufgrund des wachsenden Konkurrenzdrucks auch kein meritokratischer Automatismus mehr, der den Erfolg jedes länger und besser Ausgebildeten im Erwerbsleben garantierte. Die Freigabe des Marktes für soziales und symbolisches Kapital war eine Entwicklung, welche die konkreten sozialen Bedingungen, unter denen Bildung, Ausbildung und, immer wichtiger: kontinuierliche Weiterbildung, in der Weimarer Republik stattfanden, deutlich verschlechterte. Anders gesagt: Zum ersten Mal gab es unter Studenten als den eigentlichen Protagonisten gesellschaftlicher Modernisierung von unten seit Beginn des 19. Jahrhunderts Modernisierungsverlierer. Das Erlanger Programm belegte den Zusammenhang von Hochschul- und Gesellschaftspolitik, von wirtschaftlicher Selbsthilfe und politischer Analyse in einer Zeit der Neudefinition der Begriffe Bildung und Arbeit: „Das Wort, daß die einzig treibende Wirtschaftskraft der Privatvorteil des Einzelnen sei, gilt ihm als durch den Aufbau aller studentischen Wirtschaftskörper widerlegt.“⁵⁶ Dem Gedanken des privaten Nutzens in der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsform wurde das solidarisch-korporative Modell der studentischen Selbsthilfe gegenübergestellt und daraus die Forderung abgeleitet, „daß der Zugang zu den Hochschulen nicht vom Vermögensstande des Vaters, sondern allein vom geistigen Vermögen des Studenten abhängen soll.“⁵⁷ Diese zur exklusiven nationalen Solidarität mit dem studentischen Nachwuchs auffordernde Gegenwartsanalyse, dieses nationale und soziale Postulat war in seiner zentralen Forderung zwar nicht identisch, aber auch nicht allzu weit entfernt von einem anderen zeittypischen politischen Konzept: dem nationalsozialistischen. Der Punkt 20 des am 24.2.1920 beschlossenen Programms der NSDAP forderte:

55 Vgl. Hans-Jürgen Kersig, *Die nivellierte Mittelstandsgesellschaft*. Köln 1961. Überzeugender ist allerdings Bourdieus Begriff des sozialen Raums: Pierre Bourdieu, *Sozialer Raum und Klassen*. Frankfurt am Main 1985.

56 Erlanger Programm, S. 2.

57 Ebd., S. 3.

„Um jedem fähigen und fleißigen Deutschen das Erreichen höherer Bildung und damit das Einrücken in führende Stellungen zu ermöglichen, hat der Staat für einen gründlichen Ausbau unseres gesamten Volksbildungswesens Sorge zu tragen. Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind dem praktischen Leben anzupassen. Das Erfassen des Staatsgedankens muß bereits mit dem Beginn des Verständnisses durch die Schule (Staatsbürgerkunde) erzielt werden. Wir fordern die Ausbildung besonders veranlagter Kinder armer Eltern ohne Rücksicht auf deren Stand oder Beruf auf Staatskosten.“⁵⁸

Der Unterschied lag in der Blickrichtung: das Erlanger Programm argumentierte aus der Position der studentischen Selbstorganisation korporativ von unten nach oben; der Programmpunkt der NSDAP richtete sich direkt an den Staat als Adressaten inhaltlicher und finanzieller Forderungen.⁵⁹ Ohne daß man die Übereinstimmung zwischen einer politisierenden Studententagsdeklaration, die einen gruppenintegrativen Zweck verfolgt, und einem Parteiprogramm, das aus der modernisierungsbedingten Statusunsicherheit politisches Kapital schlagen will, überbewerten wird – am nächsten kamen die organisierten Studenten dem NSDAP-Programm in ihrem Antisemitismus –, erscheinen die Forderungen im Ergebnis erstaunlich ähnlich – und wurden vom NSDStB auch so formuliert:⁶⁰ die soziale Herkunft sollte nicht mehr über die Befähigung zum Studium entscheiden, und das war Bestandteil einer weithin konsensfähigen Mittelstandsideologie.⁶¹ Diese hatte für das wachsende „akademische Proletariat“, von dem der DSt-Vorsitzende Holzwarth in seinem Bericht gesprochen hatte, einen besonderen Klang, denn das Akademikerproblem betraf nicht nur die nachrückende Studentengeneration, sondern auch die Universitätsabsolventen, die unter schlimmsten äußeren Bedingungen ihr Studium beendet hatten. Sie waren nicht nur, wie Holzwarth festhielt, „nach Vollendung ihrer Studien so geschwächt (...), daß sie weder wissenschaftlich noch beruflich Tüchtiges leisten können“,⁶² sie fanden oft genug erst gar keine Arbeit.⁶³ Der erzwungene soziale Wandel, der die soziale Position und das gesellschaftliche Selbstverständnis der deutschen Akademiker innerhalb weniger Jahre radikal veränderte, war eine Modernisierungskrise mit starken Auswirkungen auf die Mentalität des akademischen Deutschland. Nicht nur bei den rechtsgerichteten, habituell antidemokratischen und notorisch antisemitischen Verbindungs-Studenten⁶⁴ provozierten sowohl das schlichte Elend der Nachkriegszeit, weithin interpretiert als Konsequenz des ‚Dolchstoßes‘ und des ‚Versailler Diktats‘, als auch die im Effekt modernisierenden Herausforderungen und Zumutungen der Pluralisierung

58 Abdruck u. a. in: Alfred Rosenberg (Hg.), *Das Parteiprogramm des Nationalsozialismus. Grundsätze und Ziele der NSDAP*. München 21 1941, S. 15 ff.

59 Vgl. z. B. auch Michael H. Kater, *Studentenschaft und Rechtsradikalismus in Deutschland 1918–1933: Eine sozialgeschichtliche Studie zur Bildungskrise in der Weimarer Republik*. Hamburg 1975.

60 Vgl. Michael H. Kater, *Der NS-Studentenbund von 1926 bis 1928: Randgruppe zwischen Hitler und Strasser*, in: *VZG* 22 (1974), S. 148–190.

61 Dazu vor allem Heinrich August Winkler, *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik*. Köln 1972 (zugl. Hab.-Schr. Berlin); ders., *Mittelstandsbewegung oder Volkspartei? Zur sozialen Basis der NSDAP*, in: Wolfgang Schieder (Hg.), *Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich*. Hamburg 1976, S. 97–118.

62 F. Holzwarth, *Die Notlage der akademischen Jugend in Deutschland*, S. 3.

63 Vgl. Peter Lewek, *Arbeitslosigkeit und Arbeitslosenversicherung in der Weimarer Republik 1918–1927*. Stuttgart 1992 (*Vierteljahresschriften für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte*, 104).

64 K.H. Jarusch, *Deutsche Studenten 1800–1970*, S. 119.

der Lebenswelten, der individualistischen Lebensgestaltung und des Wandels der Werte eine Gegenreaktion, den politisch formierbaren Wunsch nach Gemeinschaft, Sicherheit, Einheit und Autorität.⁶⁵ Und die jungen Leute der 1920er Jahre nahmen die sozialen und politischen Verhältnisse in und außerhalb der Universität nicht mehr hin, wie sie waren, sondern griffen nach einem Grundsatz über die studentische Selbstorganisation hinaus auch in die Politik ein, den Heinrich Mann 1922 in einem Essay formulierte: „Wer als Kriegsteilnehmer nicht zu jung war, das Geschick des Landes mit auf seinen Schultern zu tragen, wird jetzt auch alt genug sein, es mitzubestimmen. Und zweitens, wer zu seiner Rettung immer nur sich selbst hatte – zuerst im Kampf draußen, jetzt im nicht weniger erbitterten Kampf um den Erwerb, was wollen Ältere den noch lehren.“⁶⁶ Diese radikale Bereitschaft zur direkten Aktion schloß in Verbindung mit einem extremen Antisemitismus die führende Beteiligung am politischen Mord mit ein.⁶⁷

In einer Zwischenbilanz der bisher geleisteten Aufbauarbeit vom Oktober 1921 informierte die Wirtschaftshilfe über die organisatorische Entwicklung seit der Bündelung der wirtschaftlichen Zuständigkeiten und formulierte fünf Aufgabenbereiche für die nächste Zeit:

„1. Wirtschaftskörper. Durch völligen Ausbau der aus Studenten, Dozenten und Vertretern des Wirtschaftslebens gebildeten Wirtschaftskörper an den einzelnen Hochschulen, deren Arbeitsgebiet Studentenspeisungen, Großbezug von Lebens- und Studienbedarf, Arbeitsvermittlung und Berufsberatung, Beschaffungen von Wohnungen umfaßt, soll eine Ersparnis von etwa 30 % der Studienkosten erzielt werden.

2. Arbeitsvermittlung. Durch nutzbringende Arbeit während der Ferien (...) und gegebenenfalls auch während einer Unterbrechung des Studiums soll der einzelne Studierende sich die ihm zur Fortsetzung seiner Studien fehlenden Mittel soweit als möglich selbst verdienen.

3. Darlehnskasse. Da auch mit diesen beiden Mitteln eine Lösung der Frage noch nicht zu erzielen ist, muß durch Ausbau einer Darlehnskasse die Möglichkeit gegeben werden, durch Aufnahme von Darlehen das Studium fortzusetzen. Die Ausgabe von Darlehen soll abhängig gemacht werden von der Höhe der selbstverdienten Ersparnisse.

4. Bücherversorgung. (...).

5. Krankenfürsorge. Eigentliche Krankenfürsorge soll nur für Kranke in Frage kommen, die Bearbeitung erfolgt im engsten Zusammenhange mit den bewährten Fürsorgeorganisationen.“⁶⁸

65 Vgl. einen der Vordenker der Reformpädagogik: Theodor Litt, Individuum und Gemeinschaft. Grundfragen der sozialen Theorie und Ethik. Leipzig 1919; Thomas Nipperdey, Probleme der Modernisierung in Deutschland, in: *Saeculum* 30 (1979), S. 292–303; ND in: ders., *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*. München² 1991, S. 52–70, 53.

66 Heinrich Mann, *Tragische Jugend. Bericht nach Amerika über Europa (1922)*, in: Heinrich Mann, *Politische Essays*. Frankfurt am Main 1970 (zuerst Berlin-Ost 1954), S. 58–73, 65.

67 Ausführlich dazu Jürgen Schwarz, *Die deutsche Studentenschaft in der Zeit von 1918 bis 1923 und ihre Stellung zur Politik*. Freiburg i.Br. 1962 (zugl. Diss. phil.); Donald L. Niewyk, *The Jews in Weimar Germany*. Baton Rouge, LA 1980.

68 StA WÜ RSF I 60 192/2: WiHi der DSt, Arbeitsbericht der WiHi der DSt bis 1. Oktober 1921, S. 6 f.; auf S. 2 f. Liste der Angehörigen des Verwaltungsrats: u. a. Prof. Dr. iur. Wilhelm von Blume, Tübingen; Geheimerat Prof. Dr. Carl Duisberg, Leverkusen; Verlagsbuchhändler Dr. Kurt Koehler, Leipzig; Reichskanzler a.D. Dr. Michaelis, Berlin; Dr. Emil-Georg von Stauß, Direktor der Deutschen Bank, Berlin; Max M. Warburg, Hamburg; Peter van Aubel, Vorsitzender der DSt 1920/21; cand. phil. Fritz Beck, München, Leiter des Studentenhauses München; cand. ing. Karl Schwabach, Vorsitzender der Hochschul-Wirtschafts-Genossenschafts-GmbH Dresden; cand. rer. pol. Robert Tillmanns, Tübingen.

Mit den in Punkt 3 zusammengefaßten Planungen zur Einrichtung einer studentischen Darlehnskasse begann die unmittelbare institutionelle Vorgeschichte der Studienstiftung des deutschen Volkes.⁶⁹

Die 1922 in Personalunion mit der Dresdner Wirtschaftshilfe als ‚Darlehnskasse der Deutschen Studentenschaft e.V.‘ gegründete Einrichtung hatte sich zum Ziel gesetzt, Studierenden, die ihr Studium zuvor durch Werkarbeit finanziert hatten, in den letzten Semestern günstige Darlehen zu gewähren, um so eine gute Examensvorbereitung zu ermöglichen.⁷⁰ Vom Studiendarlehen war es nur ein weiterer gedanklicher Schritt zur Vergabe von Stipendien nach den Kriterien Leistung und Bedürftigkeit.

Die in Umsetzung des Erlanger Programms erfolgte Gründung der Darlehnskasse war nur möglich geworden, weil schon im Jahr 1922 Reichsregierung, Reichsrat und Reichstag die studentische Wirtschaftsarbeit umfassend unterstützten: Im Sommersemester 1922 stellte das Reichsinnenministerium 15 Millionen Mark,⁷¹ das Reichsernährungsministerium 5 Millionen Mark zur Verfügung; seit 1924 wurde die Unterstützung des Reichs nicht mehr als Darlehen gewährt, sondern direkt in den Reichshaushalt aufgenommen. Bis zum Haushaltsjahr 1930 stieg der Anteil der Förderung durch das Reich auf 24 Millionen Mark.⁷² Bis 1931 zahlte die Darlehnskasse 12.257.000 RM in Höhe von bis zu 315 RM im Semester aus; in den Genuß eines Darlehens kam allerdings nur eine verschwindende Minderheit, ca. 3% der Studierenden.⁷³

Einerseits wurde die studentische Wirtschafts- und Sozialarbeit immer mehr zur staatlich finanzierten Auftragsverwaltung, nicht anders als bei der 1920 gegründeten Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft,⁷⁴ andererseits reichte die sozialstaatliche Beteiligung an den Aufgaben der sozialstudentischen Fürsorge keineswegs aus, die bestehenden Notlagen effektiv und dauerhaft zu beheben: besonders im Mittelstand war dies keine Werbung für die soziale Demokratie von Weimar.

Zur Vorgeschichte der Studienstiftung gehört neben dieser institutionellen Seite der Wirtschaftshilfe und deren politischen Implikationen im ersten, aber unvollendeten deutschen Sozialstaat⁷⁵

69 Heinrich G. Merkel, Die Darlehnskasse der Deutschen Studentenschaft in Zahlen. Fünf Jahre Begabtenförderung an deutschen Hochschulen, in: Studentenwerk 3 (1929), S. 208–226, mit umfangreichem statistischem Material.

70 Vgl. Festschrift 70 Jahre DSW, Bd. 1, S. 85.

71 Zum wirtschaftsgeschichtlichen Hintergrund vgl. Fritz Blaich, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise. München²1990, S. 57.

72 StSt-A Bonn: R. Ulich, E. Wohlfahrt, Zur Bildungssoziologie des akademischen Nachwuchses, S. 33; zum Vergleich: laufende Staatsausgaben des Reiches 1930 gesamt: 8,7 Milliarden Mark; Ausgaben im Rechnungsjahr 1930 für Neubau von Straßen, Wegen und Wasserstraßen: 492,3 Mio Reichsmark, Wohnungswesen: 1.040,8 Mio Reichsmark, wertschaffende Arbeitslosenfürsorge: 18,8 Mio Reichsmark; Zahlen nach: F. Blaich, Schwarzer Freitag, S. 165, 168.

73 K.H. Jarausch, Deutsche Studenten 1800–1970, S. 143.

74 Siehe dazu die Studie von Ulrich Marsch, Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft. Gründung und Geschichte 1920–1925. Frankfurt am Main u. a. 1994; vgl. auch Winfried Schulze, Der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, 1920–1995. Berlin 1995.

75 Zusammenfassend Volker Hentschel, Die Sozialpolitik der Weimarer Republik, in: Karl Dietrich Bracher, Manfred Funke, Hans-Adolf Jacobsen (Hg.), Die Weimarer Republik 1918–1933. Politik, Wirtschaft, Gesellschaft. Bonn²1988, S. 197–217.

auch ein wesentlicher nationalismusgeschichtlicher Aspekt: die Spätwirkung einer veränderten Jugendbewegung, die sowohl die Gründergeneration der Studienstiftung als auch die Stipendiaten der 1920er Jahre mit ihrem ursprünglich kulturkritischen Impetus gegen die Erstarrungsercheinungen bürgerlicher Konvention und wilhelminisch-autoritärer Erziehung tief beeinflusste:

„Die einigende Idee, die allen Versuchen von Programmausschüssen spottete, die lebte! wenn sie auch nicht ihre aussprechbare Form fand. Sie lebte wenigstens in einigen Köpfen, in ein paar Herzen, wenn auch die meisten (...) nicht bis zu ihr vordrangen. Freilich war sie erst ein dumpfes Gefühl, mehr trotzigte Stimmung als klar erkannte Stellungnahme, mehr Selbstherrlichkeit als Hingabe an das Neue, mehr blindes Wollen als breites Empfangen. Dennoch hätte sich das Gefühl von der tiefen Notwendigkeit einer allgründlichsten Kulturkritik (...) durchgesetzt, wenn nicht das Verhängnis es gewollt hätte, daß diese Entwicklung zu früh unterbrochen wurde (...).“⁷⁶

‚Gemeinschaft‘ und ‚Idee‘, Schlüsselbegriffe in der Gedankenwelt der Jugendbewegung und des seit 1919 wieder starken Zulauf findenden studentischen Korporatismus,⁷⁷ prägten noch im Oktober 1929 eine Stellungnahme von Wilhelm Hoffmann zu den Zielen der Studienstiftung auf einer Tagung des Deutschen Studentenwerks in Würzburg im Oktober 1929:

„Es ist ein Bedürfnis unseres Volkes nach besten Kräften vorhanden, und hieraus ist die Studienstiftung entstanden. Hier (...) hat sie einen bescheidenen Teil der Ausleseaufgabe zu erfüllen, denn sie kann nicht das gesamte Problem der Auslese für das ganze deutsche Universitäts- und Hochschulwesen rationalisieren. Das werden aber bloße Worte bleiben, wenn nicht das, was sie meinen, als ein lebendiger Geist die Studienstiftung beseelt, die Studienstiftung als Institution und jedes einzelne Mitglied der Studienstiftung selber. Solcher Geist wächst aus Gemeinschaft und schafft Gemeinschaft, nicht in einem romantischen Sinne der Verbindung schöner Seelen, sondern der sachlichen Verbundenheit in einer Idee. Aus solchem Geist heraus ist die Studienstiftung geschaffen, aus ihm heraus wird auch dem einzelnen die wirtschaftliche Hilfe zuteil.“⁷⁸

Doch die idealistische Gemeinschaftsideologie der Jugendbewegung, von der Studienstiftungsmitgründer Wolfgang Paeckelmann in einem Vortragsmanuskript 1925 schrieb, sie habe in den studentischen Selbsthilfedanken der Nachkriegszeit „ihre letzten und schönsten Kräfte einfließen lassen“,⁷⁹ war 1929 längst politisch durch den integralen Nationalismus und seine Institutionalisierung in Multiplikatorenvereinigungen wie dem schon am 22. Juli 1922 gegründeten völkisch-antisemitischen Deutschen Hochschulring⁸⁰ vereinnahmt, so daß der Begriff ‚Gemeinschaft‘ sich

76 Bruno Lemke, Jugendbewegung und Junge Generation, in: Freideutsche Jugend I (1922), S. 8 f.

77 K. H. Jarausch, Deutsche Studenten 1800–1970, S. 123; vgl. auch Reinhard Preuß, Verlorene Söhne des Bürgertums. Linke Strömungen in der deutschen Jugendbewegung 1913–1919. Köln 1991.

78 IfH-A WÜ: Wilhelm Hoffmann, Wichtige Fragen der Studienstiftung des deutschen Volkes. Sonderdruck des Referates, gehalten auf der Tagung des Deutschen Studentenwerks e.V. in Würzburg (Okt. 1929), o.O., o.J. (1929), S. 4; Dr. Wilhelm Hoffmann kam aus der Tübinger Studentenhilfe.

79 StSt-A Bonn: Wolfgang Paeckelmann, Die Studienstiftung des deutschen Volkes, Manuskript, 3 Seiten, Barmen o.J. (1925), Blatt 1.

80 IfH-A WÜ: Der Deutsche Hochschulring. Reden und Aufsätze aus der Entstehung der Hochschulringbewegung. Hamburg 1920.